

Transkript Folge 46 „Die Erschöpfung der Kommunen“

Maren Busch, Bürgermeisterin Dietz, und Birte Kruse-Gobrecht, Kommunalberaterin

Signet

[0:04] Erschöpfung statt Gelassenheit. Warum Achtsamkeit die falsche Antwort auf so ziemlich jede Frage ist. Ein Podcast von Katrin Fischer.

Birte Kruse-Gobrecht

[0:15] Sie sind im Prinzip Ausdruck dessen, ob der Staat funktioniert. Also ich sag mal, in der Kommune hat die Demokratie ihre Basis.

Maren Busch:

[0:23] Oder die Frage, wieso hat das funktioniert, dass ein Straßenzug einfach selbstständig einen Spielplatz gebaut hat. Die Eltern bauen auch alle in ihren Höfen und in ihren Gärten die Schaukel selbst auf. Wieso kann das nicht auch in einem Straßenzug stattfinden? Also weil dann TÜV geprüft und muss nochmal abgenommen und fünfmal abgenommen. Und da hat jeder Angst vor. Und auf einmal braucht man auch einen Architekten und auf einmal ist so ein Spielplatz 500.000 Euro teuer.

Kathrin Fischer

[0:47] Kommunen sind die Ebene, auf der Demokratie im Alltag gelebt wird. Das sagt die ehemalige Bürgermeisterin und Kommunalberaterin Birte Kruse-Gobrecht. Und Bürgermeisterin Maren Busch hat sich angesichts von struktureller Unterfinanzierung und absurdem Bürokratismus längst von schick und schön, wie sie sagt, verabschiedet und kämpft nur noch darum, die grundlegende Daseinsvorsorge in ihrer Gemeinde zu organisieren. Die deutschen Kommunen sind am Limit, sagt der Deutsche Städte- und Gemeindetag. Sie sind erschöpft. Und mit ihnen, wir BürgerInnen. Denn die Schwimmbäder und Bibliotheken schließen, die Schulsozialarbeit wird gekürzt, die Straßen sind marode, die nächste Apotheke oder Grundschule weit weg und das Internet ist lahm. Und das ist nicht nur ärgerlich, sondern gefährlich. Studien zeigen einen klaren Zusammenhang. Wo kommunale Infrastruktur und Daseinsvorsorge abgebaut werden, sind die AfD-Zustimmungswerte höher. Was also tun? Den Ärger über das geschlossene Krankenhaus wegmeditieren? Keine gute Idee, finde ich, und versuche in dieser Podcast-Folge erstmal zu verstehen, warum es dem vielbeschworenen Herz unserer Demokratie, den Kommunen, so schlecht geht. Und frage, was sich politisch ändern müsste, was die Kommunen selbst tun könnten und ob Frauen in diesem Prozess eine besondere Rolle spielen sollten. Für all das habe ich zwei ganz tolle Expertinnen gewinnen können, über deren Zusage ich mich sehr gefreut habe. Die amtierende Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Dietz, Maren Busch, sie ist auch stellvertretende Vorsitzende des Netzwerks Junger BürgermeisterInnen und Birte Kruse-Gobrecht, ehemalige Bürgermeisterin der Stadt Bagteheide, Juristin, Organisationsberaterin, Mediatorin und Vorsitzende des schleswig-holsteinischen Frauenrats. In diesem Gespräch tauchen wir nicht ab ins eigene Innere selbst, sondern

in unsere gemeinsam geteilte äußere Welt. Und ich hoffe, ihr findet das genauso spannend, erhellend, absurd, bedrohlich und teilweise skandalös wie ich. Viel Spaß mit dem Gespräch. Hallo Maren, hallo Birte.

Maren Busch:

[2:52] Hallo.

Birte Kruse-Gobrecht

[2:52] Hallo.

Kathrin Fischer

[2:54] Schön, dass ihr da seid. Ich freue mich sehr, dass ich mit euch beiden über ein wirklich wichtiges Thema sprechen kann, nämlich die Erschöpfung der Kommunen. Den Kommunen geht es nicht gut und ihr beide habt auch Ideen, wie man das ändern könnte. Bevor wir uns die Lösungen anschauen, betrachten wir aber das Problem. Und Maren, ich wollte gerne mit dir einsteigen. Du bist Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Dietz. Das liegt an der Lahn in Rheinland-Pfalz. Stell doch erst mal vielleicht dich und deine Gemeinde kurz vor.

Maren Busch:

[3:21] Ja, wie du schon gesagt hast, ich bin Maren Busch, Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Dietz. Bin jetzt 30 Jahre alt und im vierten Amtsjahr. Bin also relativ jung Bürgermeisterin geworden, war damals auch die jüngste Bürgermeisterin Deutschlands. Meine Gemeinde ist im Norden Rheinland-Pfalz, nah an der hessischen Grenze. Und die Besonderheit ist, dass wir eine Verbandsgemeinde sind. Das heißt, zu der Verbandsgemeinde Dietz gehören 23 eigenständige Kommunen. Es ist in Rheinland-Pfalz, sodass es eigenständige Städte und Gemeinden sind. Mit insgesamt 26.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Kathrin Fischer

[3:54] Ich habe da gleich eine Nachfrage. Du hast es schon gesagt, du warst mal die jüngste Bürgermeisterin Deutschlands und du bist stellvertretende Vorsitzende des Netzwerks Junge BürgermeisterInnen. Und das ist ein gemeinnütziger Verein, der sich dafür einsetzt. Jetzt kommt ein Zitat von eurer Webseite. Das Ansehen und die Sichtbarkeit der Kommunalpolitik als Grundpfeiler der Demokratie zu stärken. Und ihr versteht alle als junge BürgermeisterInnen, die bei der Wahl jünger als 40 Jahre alt waren. Warum braucht es denn ausgerechnet ein Netzwerk für junge BürgermeisterInnen, habe ich mich gefragt.

Maren Busch:

[4:27] Also ich glaube, Netzwerkarbeit ist grundsätzlich sinnvoll und gibt es ja in vielen Bereichen auch schon. Nur wie junge BürgermeisterInnen, da gibt es ungefähr 1.000 übrigens in Deutschland. Also es gibt 11.000 Kommunen in Deutschland und ungefähr 1.000 der Kommunen werden von einem Bürgermeister oder einer Bürgermeisterin geführt, die unter 40 bei der letzten Wahl waren. Also wir vertreten ungefähr 1.000

BürgermeisterInnen. Und ich glaube, die haben grundsätzlich ähnliche Themen. Mit Sicherheit nicht alle. Ein Jungsein als solches ist ja auch noch kein Qualitätsmerkmal, aber wir versuchen Dinge anders anzugehen. Wir wollen uns austauschen miteinander, kooperieren. Wir haben einen ähnlichen Blickwinkel. Wir wollen gestalten und verändern. Wie verändert man die Verwaltung? Wie führt man auch in Krisenzeiten? Und das sind Themen, wo wir einfach den Austausch dringend brauchen und der dringend notwendig ist. Und dann ist es manchmal eine Mischung aus, wenn wir uns sehen, aus Bildungsprogramm und Selbsthilfegruppe, sagen wir immer ganz nett.

Kathrin Flscher:

[5:29] Kann man in dem Job bestimmt gut gebrauchen. Und Selbsthilfe ist vielleicht auch das Stichwort für Birte. Birte, du warst sechs Jahre lang von 2016 bis 2022 hauptamtliche Bürgermeisterin der schleswig-holsteinischen Stadt Bagteheide. Ist das überhaupt eine Stadt?

Birte Kruse-Gobrecht

[5:43] Das ist eine Stadt, ja.

Kathrin Flscher:

[5:44] Ja, gut, sorry, ich war mir nicht sicher. Und du begleitest jetzt unter anderem auch Kommunen als Coach. Magst auch du mal dich und deine Arbeit kurz vorstellen?

Birte Kruse-Gobrecht

[5:54] Das mache ich auch sehr gerne. Ja, Birte Kruse-Gobrecht. Ich bin von Haus aus Juristin, Mediatorin und eben als ehemalige hauptamtliche Bürgermeisterin tätig, um Kommunen zu beraten, bin aber auch zertifizierte Organisationsberaterin, bin lange im Coaching schon tätig und habe jetzt aufgrund meiner Theorie und Praxiserfahrung verschiedene Schwerpunkte entwickelt. Also alles, was mit resilienten Kommunen zu tun hat im ganzheitlichen Sinne, treibt mich an. Ich möchte, dass Kommunen fit werden für die Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Und das hängt ganz oft an Führung, Kommunikation, aber auch an Personal und Organisationsentwicklung. Und wenn wir dann noch eine andere Kultur im Umgang miteinander herstellen, also auch Konflikte anders lösen als bisher, dann glaube ich, kommen wir schon einen guten großen Schritt weiter. Und das heißt, ich berate eigentlich seit fast 20 Jahren Kommunen und Organisationen in Veränderungsprozessen oder eben in besonderen Herausforderungen. Und wie gesagt, am Herzen liegen mir zum einen die resilienten Kommunen und auf der anderen Seite aber auch mehr Frauen in politische Führungsfunktionen zu bringen oder diese zu unterstützen und auch fit zu machen. Ja, fühlt es sich auch behaupten in den doch noch sehr männlich dominierten Lagern.

Kathrin Flscher:

[7:13] Über beides werden wir sprechen, also über Resilienz und auch über Frauen in der Kommune. Aber zu Beginn wollen wir erst mal über die Erschöpfung sprechen. Und da die Frage an dich, Maren, du bist jetzt mitten in deiner Woche als Bürgermeisterin.

Heute ist Donnerstag zum Zeitpunkt unserer Aufnahme und es ist 12.30 Uhr. Also du hast schon einen halben Arbeitstag hinter dir. Wie geht es dir? Wie erschöpft bist du?

Maren Busch:

[7:37] Heute trifft es im falschen Moment. Tatsächlich haben wir heute Abend noch Sitzung und mein Vertreter, also mein Beigeordneter, der ja auch einen Teil der Sitzung, mit übernehmen sollte, ist spontan krank und hat sich krank gemeldet.

Dementsprechend trifft es heute ganz gut. Das Wochenende war voll. Ich habe jeden Abend eine Sitzung bis jetzt gehabt, die Woche. Also man merkt dann schon seinen Pegel, aber seinen Stresslevel. Aber alles gut. Also ich würde jetzt noch nicht sagen, dass ich erschöpft bin. Aber es ist dann schon auf Anschlag wenn so ein ganzes Wochenende durchgetaktet ist und jeden Abend eine Sitzung da ist, das ist jetzt nach den Sommerferien wieder extremer in den Sommerferien war es aber auch ein bisschen ruhiger also es gibt immer Hochphasen das sind dann die Sitzungswochen es gibt aber auch Momente wo man sich wieder ein bisschen zurückfahren kann.

Kathrin Flscher:

[8:22] Also kurze Frage wenn ich dich so höre ich bin zum Beispiel eine Schlafdiva wenn ich sehr aufgeregt bin oder viel Stress habe oder so weiter dann schlafe ich nicht gut das kann man sich als Bürgermeisterin wahrscheinlich nicht leisten, oder?

Maren Busch:

[8:32] Also häufig fällt man abends ins Bett und ist müde. Aber man nimmt natürlich auch noch mal Themen mit und durchdenkt. Wobei, mit dem Schlafen habe ich eigentlich seltener Probleme. Das klappt eigentlich schon ganz gut.

Kathrin Flscher:

[8:44] Und wir haben unser Gespräch heute in drei Abschnitte geteilt. Wir wollen erst mal über das Aufgabenspektrum, die Herausforderung und die Finanzlage der Kommunen sprechen, um überhaupt zu verstehen, für was Kommunen zuständig sind und woher sie ihr Geld kriegen. Das sind nämlich Dinge, die habe ich vor diesem Gespräch alle gar nicht gewusst. Und dann wollen wir darüber, was die Resilienz, also die Widerstandskraft von Kommunen stärken würde. Und zuletzt wollen wir eben fragen, was man tun kann, damit mehr Frauen in die Kommunalpolitik gehen. Weil das wäre eine These, Frauen den Job vielleicht auch besonders gut machen. Aber fangen wir doch erstmal mit einer kleinen Lehrstunde in Sachen Kommunen an. Man bezeichnet mit Kommunen Gemeinde, Städte und Landkreise. Und Birte, eine Frage an dich. Wenn über Kommunen gesprochen wird, dann wird ja immer sofort ihre besondere Bedeutung hervorgehoben. Sie sind das direkte Lebensumfeld von uns BürgerInnen und wir erfahren Demokratie ganz direkt dort, sagt man immer. Kannst du diese Besonderheit mal genauer erklären?

Birte Kruse-Gobrecht

[9:40] Na, vieles hast du ja schon gesagt, was es genau auch trifft. Und letztlich ist,

glaube ich, erstmal so für viele der Begriff Kommune ungewohnt. Also viele sprechen eben nur von ihren Gemeinden, vom Stadt, vielleicht noch vom Landkreis. Also, dass die Kommune tatsächlich ein offizieller Begriff ist, das glaube ich ist noch nicht in den Köpfen so richtig angekommen, aber eben auch zu verstehen, sie sind im Prinzip Ausdruck dessen, ob der Staat funktioniert. Also ich sage mal, in der Kommune hat die Demokratie ihre Basis. Alles, was an Entscheidungen vor Ort getroffen werden kann und muss, ist letztlich in Kommune sichtbar. Diese sozialen Räume, in denen wir einfach uns bewegen und das ist ja die Lebensqualität, mit der wir zu tun haben. Also sind unsere Kitas, unsere Schulen, unsere Straßen, wie ist die Ausstattung vor Ort? Haben wir ein Lebensumfeld, in dem wir uns wohlfühlen und haben wir Möglichkeiten, uns zu beteiligen? Also es gibt ja sozusagen die Selbstverwaltung, also die Kommunalpolitik vor Ort. Es gibt die Verwaltung, die die Beschlüsse umsetzen soll oder auch eigene Ideen einbringt. Und es gibt die Bürgerinnen und Bürger, die in diesem Lebensumfeld mitgestalten sollen und können. Und das hat natürlich auch Spannungsfelder.

Birte Kruse-Gobrecht

[10:56] Aber nochmal zurück, also in der Kommune zeigt sich, ob der Staat funktioniert oder nicht. Kriege ich einen Pass in der Zeit, wie ich ihn brauche, haben meine anliegende Relevanz, dort sehe ich, klappt es oder klappt es nicht, sage ich mal. Das heißt eben auch, irgendwie sind sie auch Geiseln des Systems, die Kommunen, weil wir sind letztlich dann auch das letzte Glied in der Kette, obwohl wir eigentlich das Fundament sind. Und sprechen wir nachher auch noch drüber, die Aufgaben wachsen, es wird immer mehr, die Finanzen werden knapp. Und dieses Fundament, das Bewusstsein herzustellen, dass das bröckelt, das ist letztlich die größte Herausforderung mit.

Kathrin Flscher:

[11:34] Ich höre auch immer, wenn es so Sonntagsreden gibt, dann heißt es immer die Kommunen. Also genau das, was du gerade gesagt hast, sind das Herz der Demokratie. Und das Bild wollte ich aufgreifen. Maren, die Frage an dich, steht dieses Herz vor einem Infarkt?

Maren Busch:

[11:45] Puh, ich will es jetzt nicht zu schwarz malen tatsächlich. Aber tatsächlich, wir haben eine Umfrage ganz kürzlich gemacht vom Netzwerk Junge Bürgermeisterin, bei der sich 244 Kolleginnen und Kollegen beteiligt haben. Und haben ganz im September ein White Pepper dazu rausgebracht mit dem Titel Deutschland braucht einen Neustart. Und dort geben nur noch 18 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an, dass ihre Kommune finanziell handlungsfähig ist. Und natürlich gibt es auch noch andere Themen, aber ohne Finanzen können wir alles, was wir vorhin beschrieben haben, nicht mehr aufrechterhalten. Da geht es um Straßen, Schulen, Wasserversorgung, Feuerwehrwesen etc.

Maren Busch:

[12:24] Also da sind wir wirklich an einem Wendepunkt, wo sich auch Landes- und Bundespolitik Gedanken machen muss, wie es in den Kommunen weitergeht finanziell. Da können wir gleich nochmal im Detail drauf eingehen. Und zum anderen sind Kommunen einfach sehr kleine Systeme mit einer riesigen Bandbreite. Natürlich gibt es auch Großstädte, aber die meisten, ich will jetzt nichts Falsches sagen, aber ich glaube 75 Prozent der Kommunen sind kleiner als 5000 Einwohner. Und wenn man sich das vorstellt, dann sind wir noch eine relativ große Kommune mit 26.000. Was wir für eine Bandbreite an Themen haben, die wir abdecken müssen. Und häufig gibt es nur einen Experten, wenn sie überhaupt, in dem ganzen Haus. Aber wir machen von Brandschutz über Gewerbesteuer, Meldewesen, Kita und Schulverwaltung, Wasserversorgung. Wir machen das ja alles. Und das bei uns circa mit 90 Personen in der Kernverwaltung. Aber es gibt auch Kommunen mit nur zehn Menschen im Rathaus. Und die müssen das trotzdem alles abdecken. Und dementsprechend ist es einfach sehr, sehr viel. Die Aufgaben werden immer mehr. Und ich glaube, dass wir so gut funktionieren, liegt einfach daran, dass in den Kommunen einfach sehr viele Menschen mit sehr viel Herzblut arbeiten, die ihren Job sehr gerne und gut machen und ihrer Gemeinde was Gutes tun wollen. Und viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Räte und Mitarbeiter in den öffentlichen Verwaltungen in den Kommunen ja auch teilweise über ihre Grenzen hinaus wachsen und versuchen, alles möglich zu machen. Aber das System als solches, würde ich sagen, ist dabei kaputt zu gehen.

Kathrin Flscher:

[13:48] Und genau das wollen wir uns jetzt erstmal angucken. Also wir kommen zu den Lösungen und wir kommen auch zu den Lösungen jenseits von Finanzen. Aber ich würde jetzt gerne mit euch erst nochmal aufdröseln, was sind die Aufgaben und wie werden die finanziert? Und ich habe gelernt, das ist jetzt vielleicht nochmal eine Frage an Birte, es gibt ja freiwillige Aufgaben, gesetzliche Aufgaben und Pflichtaufgaben nach Weisung. Also ich habe jetzt viel gelernt, während ich mich vorbereitet habe. Vielleicht kannst du das mal beispielhaft auseinanderdröseln, wie diese Aufgaben für Kommunen aufgeteilt sind.

Birte Kruse-Gobrecht

[14:23] Das mache ich auch gerne und Ausgangslage ist ja letztlich so, ich sage mal auch so ein Stück weit der Leitsatz der Selbstverwaltung der Kommunen. Das heißt, wir haben nach Artikel 28 Grundgesetz erstmal die Allzuständigkeit von Kommunen, soweit es die Gesetze so vorsehen. Und du hast es eben schon gesagt, es gibt diese differenzierten Aufgaben, das heißt, es gibt die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben, also Selbstverwaltung ist immer das, was das kommunalpolitische Gremium vor Ort entscheiden kann, das heißt, die Kommune entscheidet über das Ob und das Wie der Aufgabenerfüllung. Einiges hatten wir eben schon gesagt, wie zum Beispiel Sport oder im Lebensumfeld, Kultur, Wirtschaftsförderung.

[15:06] Das heißt, das Ob und das Wie liegt bei der Kommune und allenfalls wird noch mal die Rechtsaufsicht sich einschalten, wenn es gegen Gesetze verstoßen würde. Dann kommen wir in einen anderen Bereich der pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben, also die pflichtigen Aufgaben, Pflichtaufgaben. Da ist das Ob der Aufgabenerfüllung vorgegeben und da können die Kommunen aber entscheiden, wie sie das Ganze ausstatten. Zum Beispiel Abwasserbeseitigung, Schülerbeförderung, Feuerschutz, Schulhausbau, also Gebäude. Dafür sind die Kommunen ja auch zuständig oder die Gemeindestraßen. Aber auch da gibt es dann die Rechtsaufsicht, die im Zweifel sagt, ist das alles richtig? Und es gibt ja auch immer mal Qualitätsstandards, die auch vorgegeben sind, die mindestens erreicht werden müssen. Aber die Kommune kann freiwillig darüber hinaus praktisch theoretisch noch mehr machen. Aber die pflichtigen Aufgaben, da kommt auf jeden Fall das Ob in der Freiwilligkeit, in Anführungszeichen. Und dann gibt es die sogenannten Pflichtaufgaben, hast du eben gesagt, mit dem schönen Begriff zur Erfüllung nach Weisung. Und da ist letztlich auch schon erläutert, dass es sowohl das Ob als auch das Wie vorgegeben sind. Und das sind klassische Beispiele aktuell, auch die Sicherheitsverwaltung, die Ordnungsverwaltung, die Kosten der Unterkunft nach SGB II, Da ist die Kommune in keiner Weise frei zu entscheiden und da gibt es neben der Rechtsaufsicht auch die Fachaufsicht in Anführungszeichen von oben.

Maren Busch:

[16:31] Und wenn ich da noch kurz einhaken darf, tatsächlich diese freiwilligen Leistungen, Birte hat das super beschrieben, das geht ja auch so weit, wo man sich erstmal fragen wird, ist das wirklich freiwillig, sowas wie Schulsozialarbeit? Und wenn wir uns alle einig sind, dass das notwendig ist, ist trotzdem eine freiwillige Leistung. Und wenn wir wieder dahin kommen, wo ich vorhin kurz abgebogen bin in die finanzielle Handlungsfähigkeit, dann gucken die Kommunalaufsichten als erstes drauf, wenn es um eine Schieflage des Haushaltes geht, was sind denn freiwillige Leistungen? Also was leistet ihr euch, was ihr nicht müsstet? Und dann sind das die ersten Themen, die du rausstreichen musst. Und dann kommen so abstruse Situationen, wo ich mich neulich mit einem Bürgermeisterkollegen unterhalten habe und der ganz verzweifelt war, weil er sagte, ich muss jetzt meine Schulsozialarbeit abschaffen. Ja, ich muss die Menschen kündigen oder die Verträge darf ich nicht verlängern, weil wir es uns nicht mehr leisten können.

Kathrin Fischer:

[17:22] Ja, die freiwilligen Leistungen werden dann zuerst gekürzt. Das kann man ja auch in dieser Logik, die ihr gerade geschildert habt, absolut nachvollziehen. Aber das bedeutet ja dann auch, Schulsozialarbeit ist ein Beispiel. Und es gibt ja auch andere, die immer wieder durch die Medien geistern. Das sind dann die berühmten Schwimmbäder, das sind die Bibliotheken. Genau, also diese Dinge, die ja für die BürgerInnen wahnsinnig wichtig sind und ich wohne an der Grenze zu Dänemark und wenn du dann in eine dänische Bibliothek gehst, dann fängst du als deutscher Bürger, BürgerInnen an

zu weinen vor Glück, ja, also wenn man sieht, was man da eigentlich bieten kann und das ist ja schon tragisch wahrscheinlich, dass man diese Aufgaben dann kürzen muss.

Birte Kruse-Gobrecht

[18:00] Absolut. Und ich würde auch ergänzen wollen, wie Maren eben sagte, ein Teilbereich wird als freiwillig benannt, der aber im Prinzip eigentlich pflichtig ist, wo wir alle nicht dran vorbeikommen. Anderes Thema ja auch aktuell, Klimaanpassungssituation, Hochwasserschutz oder auch vor Ort einfach Starkregenereignisse, Hitzeschutz. All das ist im Moment noch im freiwilligen Bereich. Das heißt, Nachhaltigkeit ist das Erste, was dann auch mit rausfliegt, wenn es darum geht, Stadtentwicklung, kommunale Entwicklung voranzutreiben, weil letztlich eigentlich kein Raum mehr dafür ist, dass irgendwie über das Pflichtige hinausgeht. Und da kommen wir nachher aber auch später zu. Ich glaube auch, dass es Pflichtaufgaben geben könnte, wo auch Kommune mal sagen kann, das machen wir uns schlank. Das kann auch gern ein Totschlagargument sein für die, die auch gar nicht in Kreativität gehen wollen. Aber möchte ich jetzt auch nicht zu schwarz malen. Es gibt immer noch viel auch dazwischen, aber das nur ergänzend und am Rande. [18:59] Ich sage mal, auch die Auftragsangelegenheiten, die jetzt also die Kommunen praktisch als unterste Ebene, wie ich ja vorhin auch schon sagte, der Verwaltung, der Landesverwaltung in Führungszeichen agiert. Das ist so wie Pass, Meldewesen, Standesamt. Auch da bleiben ihr ja Gestaltungsspielräume, wie sie im Rahmen der Organisations- oder Personalhoheit damit umgehen möchte. Aber natürlich kann man dann auch schauen, oder Gesundheitsamt, Veterinäramt, so ist das eher eine Servicequalität oder ist das so in Führungszeichen, naja, es ist unsere Aufgabe, darum machen wir das. Und das hat dann auch wieder was mit Kulturwandel zu tun, mit Lösungsorientierung. Aber dazu kommen wir, denke ich, im weiteren Teil nachher ja noch.

Kathrin Flscher:

[19:38] Also das will ich alles auf gar keinen Fall nicht ansprechen, weil natürlich ist es, genau wie ihr sagt, müssen die Kommunen auch selber nach vorne gehen. Aber ich würde immer noch gerne verstehen wollen, also welche Aufgaben muss man tun, welche nicht, welche werden gestrichen. Und dann habe ich ja auch gerade gehört, das habt ihr eben auch gesagt, dass es eben Aufgaben gibt, die wachsen. Und ich habe mir das eben so erklärt, das sind dann offensichtlich die Pflichtaufgaben nach Weisung. Der Bund schafft neue individuelle Rechtsansprüche, zum Beispiel auch, ging auch durch alle Medien, der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr. Und dann muss die Kommune... Diesen Anspruch erfüllen, Maren. Musst du dann einfach sehen, wie du das umsetzt in deiner Gemeinde?

Maren Busch:

[20:22] Ja, ganz einfach Antwort. Und häufig ist es ja nicht ausfinanziert. Ich meine, jetzt soll ja die Konnexität endlich kommen. Also wer bestellt, bezahlt.

Kathrin Flscher:

[20:33] Einfach ganz kurz, wer bestellt,

Maren Busch:

[20:33] Beahlt. Also wenn der Bund solche Aufgaben beschließt, dann muss er doch dafür sorgen, dass die Kommunen ausfinanziert werden. Grundsätzlich, kommen wir vielleicht gleich noch mal zu, ist es nämlich ein wahnsinniges Missverhältnis. Also derzeit ist es so, da gibt es Untersuchungen auch vom Statistischen Bundesamt, dass die Kommunen 25 Prozent aller öffentlichen Ausgaben tätigen, aber nur ein Siebtsel aller Steuerleistungen erhalten. Und das verschärft sich ja immer weiter, wenn immer neue Aufgaben kommen, die die Kommunen finanzieren und ist Grundlage dafür, dass wir in der finanziellen Schieflage sind. Also das ist häufig so, dann kommen ja auch gute Ideen. Also mein Lieblingsbeispiel ist derzeit das Thema Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Also diese achtstündige Betreuung, die ja auch in Ferienzeiten gilt. Das wissen viele gar nicht. Ab diesem Sommer für Erstklässler und das wird sich so fortsetzen in den nächsten Jahren. Das ist auch bald alle Grundschüler betrifft und Grundschülerinnen.

Maren Busch:

[21:25] Und ich kann das aus politischer Sicht total verstehen, dass man sagen möchte, wir wollen, dass die Kinder gut betreut sind. Wir wollen auch Frauen die Perspektive geben, wieder Vollzeit zu arbeiten. Kann ich alles nachvollziehen. Ich frage mich nur, welcher Realitätssinn dahinter steckt. Wer soll die Kinder denn in den Ferien betreuen und wie soll es ausgestaltet sein? Und bei uns ist es so, dass es tatsächlich Aufgabe vom Landkreis ist. Also nicht nur in Rande-Pfalz, sondern überall ist es Aufgabe der Landkreise. Aber wir in den Verbandsgemeinden sind Schulträger, was ja auch wieder wahnsinnige Abstimmungsarbeit ist. Und das hat so Konsequenz, dass wir seit zwei Jahren diskutieren, wer macht das eigentlich, mit welchen Mitteln, wie soll das genau ausgestaltet sein, in welchen Räumen. Jetzt gerade habe ich heute Abend in meiner Sitzung eine Kooperationsvereinbarung drin. Und jetzt überlegt man mal, ich glaube, das Gesetz ist schon auch fast fünf Jahre alt, aber seitdem wird da diskutiert. Und dann ist es ja auch häufig so, dass man, haben wir auch an anderen Stellen, dass dann solche Gesetze, von denen man eigentlich schon weiß, dass sie gar nicht umsetzbar sind, dass die dann nochmal aufgeschoben werden oder doch wieder gekippt. Deswegen ist dann immer so ein bisschen, mal gucken, was kommt. Aber das habe ich jetzt heute Abend in der Sitzung eine Kooperationsvereinbarung, mit meinem Landkreis zu dem Thema. Und wie am Ende das ausgestaltet wird, wissen wir tatsächlich aber immer noch nicht.

Kathrin Flscher:

[22:43] Ich finde das auch tatsächlich verrückt und du hast das gerade so gesagt, jetzt soll endlich die Konnexität kommen, ich muss dir den Begriff auch nachschlagen, es ist genau wie ihr gesagt habt, also wer eine Aufgabe beschließt oder überträgt, muss für

deren Kosten aufkommen, also wer bestellt, bezahlt, das ist doch deutsches Staatsrecht, warum funktioniert das denn bisher nicht?

Birte Kruse-Gobrecht

[23:03] Da kann ich gerne mal drauf reingehen. Also ein Teil hat ja Maren eben schon benannt. Einmal auch die Frage, also ich glaube, die Basisfrage ist manchmal auch, wer definiert denn, was Konnexität ist und was nicht? Weil das ist oftmals auch ein Streitpunkt. Also Landtage, die dann vielleicht Aufgaben zusätzlich beschließen und auch Bundestage meinen, das gehört ja ohnehin schon zu dem, was zu tun ist. Es ist nicht neu in dem Sinne. Das heißt, dazu gehört auch die Frage von Umfang finanzieller Ausstattung. Also wo ist Wunsch, wo ist Wirklichkeit? Und da sind natürlich immer gerne auch so Zuständigkeitsrangeleien dabei, die dazu führen, dass das eben auch nicht immer alles zusammenpasst. Und mit Blick auch jetzt auf die Frage von Aufgabensteigerung, was wir eben ja auch schon hatten, wird oft ja auch nicht unbedingt berücksichtigt, was zum Beispiel auch den gesellschaftlichen Wandel angeht oder politische Entscheidungen in dieser Umverlagerung nach unten nicht mitdenken, haben wir eigentlich noch etwas zu berücksichtigen, sprich Stichwort Demografie, wir werden älter, wir werden weniger oder eben wie können wir Anreize schaffen, dass wieder Kinder geboren werden und die Ausgestaltung und der Umsetzung dann den Kommunen zu überlassen, das funktioniert ja nicht, weil letztlich alle davon profitieren. Dieser Realitätscheck und auch der Abgleich zwischen dem, wie es sein sollte und zwischen dem, wie es ist, der fehlt.

Maren Busch:

[24:26] Und es ist ja auch nicht nur so, dass ich sagen würde, alles an neuen Aufgaben, beschließt jetzt der böse Bund und wir müssen umsetzen. Also wie gesagt, in manchen Bereichen finde ich es ja auch sinnvoll. Und manches kommt einfach, weil es gesamtgesellschaftlich auf uns zukommt, wie Birte gerade den demografischen Wandel genannt hat, dass wir uns noch mal mit ziviler Verteidigung beschäftigen müssen, auch in den Kommunen, wollte auch keiner so haben. Und trotzdem müssen wir uns jetzt mit Themen wie ziviler Verteidigung, Katastrophenschutz, Hitzeschutzkonzepten etc. beschäftigen. Da kann ja auch keiner was dafür, also schon, aber jetzt kannst du keinen Fingerzeig machen auf die eine Partei oder die andere Partei und ihr habt den Wählern versprochen. Also das soll gar nicht den Anklang bekommen, dass ich jetzt sagen würde, ihr versprecht zu viel, das auch. Aber die Bürgerinnerwartungen werden auch höher auf der anderen Seite. Wir wollen mehr Service. Wir haben ganz neue, also Themen wie Breitbandausbau, Digitalisierung in der Verwaltung. Wir haben auch einfach Verwaltungs-, also es wird auch komplexer. Natürlich, Digitalisierung hilft uns irgendwann dabei, dass das vielleicht auch einfacher wird. Aber erstmal ist es eine wahnsinnige Arbeit. Und das gehört ja auch alles noch zum Themenkomplex dazu, die wir hier vor Ort spüren und was uns so zum Schnaufen bringt.

Birte Kruse-Gobrecht

[25:35] Ja.

Kathrin Flscher:

[25:36] Ihr habt ja deshalb auch ein ganzes, also sechs Forderungen mit dem Netzwerk der jungen BürgermeisterInnen formuliert. Die würde ich auch mit dir gerne gleich durchgehen. Aber ich habe noch eine Frage zur Finanzierung, weil ich das immer noch nicht ganz durchgegangen bin. Die Kommunen, wenn ich es richtig verstanden habe, kriegen ja ihr Geld nicht nur vom Bund zugewiesen, sondern sie können ja auch selber Einnahmen erzielen. Also es gibt verschiedene Steuern, Gewerbesteuer, es gibt Gebühren. Wenn ich einen Personalausweis beantrage, muss ich dafür zahlen. Und es gibt Kredite und Fördertöpfe. Und es scheint ja so zu sein, wenn 82% oder 80% der Kommunen sagen, sie sind finanziell total am Limit oder sogar schon pleite oder so, dann reicht dieses Geld aus den Töpfen offenbar nicht. Woran liegt das? Liegt das an der schlechten Wirtschaftslage oder daran, dass die Gewerbesteuer 2008 gesenkt wurde oder reichen die Fördermöglichkeiten nicht? Maren, was ist dein Einblick da rein?

Maren Busch:

[26:33] Ich habe es ja vorhin schon mal angebracht. Also diese chronische Schieflage, die liegt sicherlich daran, dass wir einfach unterfinanziert sind. Also wir können, es funktioniert ja in keinem Privathaushalt, 25 Prozent der Aufgaben machen, aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen erhalten. Das zum einen. Zum anderen...

Maren Busch:

[26:50] Das Thema Grundsteuer ist ja dann immer, wir müssen den Hebesatz erhöhen, aber das kann ja nicht der Ausgleich sein dafür, dass wir chronisch unterfinanziert sind. Das können wir auch den Bürgerinnen und Bürgern irgendwann nicht mehr erklären. Und ein Punkt, der mir noch ganz besonders wichtig ist, unsere Ausgaben sind ziemlich stabil bzw. steigen weiter an, weil alles teurer wird. Aber wir wissen schon, dass Personal, Kita, Schulen, Feuerwehren, Gebäude alles Geld braucht. Aber eine Haupteinnahmequelle ist nun mal die Gewerbesteuer und die ist so volatil, das ist dermaßen schwankend, dass wenn du gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wir sind Gott sei Dank relativ feinklidig aufgestellt und haben jetzt nicht einen Gewerbesteuerzahler, der uns hauptsächlich, am Laufen hält hier, aber anderen Gemeinden geht es so. Und wenn der dann ausfällt, haben die Kommunen ein riesiges Problem. Also das ganze System muss auf neue Füße gestellt werden, dass die Finanzierung der Kommunen verlässlich ist und nicht von einem volatilen System wie der Gewerbesteuer abhängt und von einzelnen Gewerbetreibenden in der Kommune. Und die ganze Fördersystematik ist sowieso komplett abstrus. Also ich kann verstehen, wo es herkommt. Man wollte politische Steuerung, dass man sagen kann, wenn wir im Bund oder Land in die Richtung gehen wollen, dann brauchen wir einen Anreiz für die Kommunen. Aber inzwischen sind wir ja... An einem Punkt angelangt, wo fast alles irgendwie gefördert wird.

Kathrin Flscher:

[28:07] Kannst du das erklären, was das konkret heißt? Du möchtest ein neues Feuerwehrgerätehaus und musst dich für eine Förderung bewerben? Oder wie stelle ich mir das vor?

Maren Busch:

[28:15] Tatsächlich ist das das eine Beispiel, wo es jetzt Gott sei Dank vom Land Rheinland-Pfalz, geändert wurde, wo wir eine Pauschale bekommen, einmal im Jahr. Wir reden jetzt von 112.000 Euro im Jahr. Das ist wirklich nicht die Welt, wenn du 23 Feuerwehrgerätehäuser und 23 Feuerwehreinheiten mit Autos und so hast. Wir müssen über den Betrag noch mal reden. Aber zumindest ist es eine Pauschalförderung. Aber in ganz vielen anderen Bereichen, ich glaube, ich habe mal gehört, nagelt mich nicht fest, dass es 900 kommunal relevante Förderprogramme gibt. Das heißt, du kannst für alles, also wirklich für alles gibt es irgendein Programm. Und das sorgt aber dafür, dass du ständig getrieben wirst, dass der Blick eher darauf geht, wo bekomme ich eine Förderung. Dass hier teilweise sinnvoller ist, ein Gebäude eigentlich neu zu bauen. Aber es gibt jetzt eine Förderung für Sanierung von Gebäuden. Also macht man das noch irgendwie? Es geht wahnsinnig viel Energie, Ressourcen, Zeit und Geld dafür drauf, dass du Förderanträge schreibst, dass du Dokumentation machst, Nachweispflichten etc. Du bist immer in dieser Bittstellehaltung. Du kannst überhaupt keine sinnvolle, sage ich mal, Fünf-Jahres-Planung machen, weil du immer in der Schwebe bist. Bekommen wir eine Förderung? Bekommen wir sie nicht? Welche Förderung wird aufgelegt? Und häufig sind die Förderungen auch so, dass du jetzt einen Förderaufruf hast und in drei Monaten wird er geschlossen. Und dann kannst du gar nicht die Grundlagenermittlungen machen, die du bräuchtest. Also ganz konkretes Beispiel bei uns in der Gemeinde. Wir hatten einen Förderaufruf zu einer energetischen Sanierung einer Grundschule.

Maren Busch:

[29:38] Und der war nur wenige Monate offen und wir hatten einen Energieberater beauftragt, Zahlen, Daten, Fakten zu ermitteln, was wir da eintragen können als Grundlage. Und da hast du natürlich nicht die, willst du jetzt auch noch nicht 100.000 Euro reinstecken in die Ermittlung, aber hast auch vor allem nicht die Zeit, das ordentlich zu ermitteln. Also schätzt du das grob nach gebauten Kubikmetern, wie viel Wandfläche du hast etc.

Maren Busch:

[30:03] Und am Ende kam aber raus, dass wir anstatt der veranschlagten 4,5 Millionen jetzt bei 11,2 Millionen landen. Als wir dann Architekten beauftragten, hat das mit Sinn und Verstand zu prüfen. Jetzt ist es aber so, bei der Summe macht es für uns für eine zweieinhalbzügige Grundschule wenig Sinn, das in ein altes Gebäude reinzustecken. Jetzt macht es viel mehr Sinn, das neu zu bauen. Für einen Neubau bekommen wir aber wiederum keine Fördermittel. Also es ist einfach, du kannst nicht sinnvoll agieren. Und ich frage mich, wieso muss das überhaupt sein, wenn wir einfach grundsätzlich so

ausgestaltet werden, dass wir handlungsfähig, finanziell handlungsfähig werden, müssten wir diesen ganzen Rattenschwanz nicht mehr machen. Und das hat auch ganz viel von meinen Erachten mit fehlendem Vertrauen in die kommunale Ebene zu tun, dass man versucht, alles irgendwie nochmal mit einer Checkliste hier und so da irgendwie zu dokumentieren, anstatt uns einfach das Vertrauen zu geben, zu sagen, ihr wisst schon, was ihr vor Ort machen müsst. Da ist eure finanzielle Grundausstattung, legt los. Und mein Rat ist schon definitiv genug Kontrollinstanz. Der guckt mir schon auf die Finger und das auch zu gutem Rechen, will ich auch genauso, und sagt, hier, nee, das ist jetzt nicht mehr gerechtfertigt und nicht wirtschaftlich. Wir wollen lieber neu bauen anstatt sanieren oder sanieren anstatt neu bauen, wie auch immer. Das können wir vor Ort ganz gut selbst entscheiden. Aber es kann nicht daran liegen, dass das Förderprogramm wichtiger ist als der Bedarf vor Ort. Vielen Dank. Und das ist eine Systematik, die muss unbedingt angepasst werden.

Birte Kruse-Gobrecht

[31:30] Und da würde ich gerne auch noch kurz einfach direkt ergänzen, weil was oft ja auch deutlich wird, zum einen dieser Bürokratieraufwand, der durch die Förderprogramme entsteht, der in keinem Verhältnis steht zu dem, was am Ende dabei rauskommt. Und Stichwort Bedarfe. Wir haben ja vorhin gehört, wie divers auch die Kommunen einfach sind oder wie kleinteilig Kommunen sein können und wie Großstädte funktionieren. Und letztlich müsste man ja vielmehr auch auf Qualitätsstandards setzen und auf einem gewissen Rahmen sich verständigen, der bundesweit einheitlich gilt. Ja, ich sage mal Stichwort Kita. Wie kann es sein, dass jede Gemeinde, jeder Kreis für sich eigene Standards entwickelt? Das war eben gesagt, okay, es gibt einen Grundstandard und einen Qualitätsstandard, der auch dem Fachkräftebedarf gerecht wird, also einmal was die Betreuungskräfte angeht, aber auch was dem Bildungsauftrag gerecht wird. Und dann kann man das ja auch nach Einwohnendenzahl und Bedarfen und auch Geburtenzahlen ausstaffieren, was das für einen tatsächlichen Kostenaufwand bedeutet. Und da ist dann eben nicht nur die Kommune zuständig und da ist eben nicht der Fördertopf der Treiber, sondern da ist die Realität aussagekräftig genug oder der Antreiber für die Entscheidung, wo wie viel Geld hin muss und durch wen und so.

Birte Kruse-Gobrecht

[32:46] Ich denke, es geht da nicht darum, jetzt zu sagen, Förderprogramme mit der Gießkanne, sondern grundsätzlich die Zuweisungen von Bund und Ländern oder auch die Investitionszuschüsse anders zu strukturieren. Und das eben statt mit der Fördertöpfe zu realisieren.

Maren Busch:

[33:02] Also wir vertreten das tatsächlich beim Netzwerk Junge Bürgermeister eine relativ radikale Forderung und würden genau das unterschreiben, also Förderprogramme weitestgehend abschaffen und die grundsätzlichen Zuweisungen

erhöhen. Würde, glaube ich, echt sehr, sehr es hätte eine wahnsinnige Wirkung. Genau. Auf allen Ebenen.

Birte Kruse-Gobrecht

[33:19] Auf allen Ebenen, weil der Wasserkopf, der oben drüber hängt, das Ganze zu monitoren, zu kontrollieren, also ja, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser, aber ich denke, ja, das trifft an Stellen zu, aber eben auch nicht überall, weil man eben sagen muss, die Kosten für Kita sind irgendwie in Dietz nicht anders als in Backeheide vom Standard her, was eine Platzkostenperspektive angehen würde. Das heißt, das sind Zahlen, die man ermitteln kann. Und was ein Quadratmeter Baukosten für Erweiterungsflächen von Kita oder Grundschule bedeutet, ist letztlich auch mit Blick auf die gestiegenen Kosten der letzten Jahre ja auch kein Hexenwerk.

Maren Busch:

[34:01] Und wenn ich jetzt hier noch einmal ein Beispiel einbringen darf, was wirklich vor zwei Tagen unsere WhatsApp-Gruppe, ja, wir haben eine WhatsApp-Gruppe mit 300 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, aber wo es dann wirklich steigert und wo wir teilweise auch nur noch so ein bisschen Galgenhumor zeigen können. Jetzt gab es vom Einweg Kunststofffonds ein Förderprogramm, wo man sich als Kommune darauf bewerben konnte. Und da geht es jetzt um, in den meisten Gemeinden ging es um eine vierstellige Summe. Knapp fünfstellige in den wenigen Gemeinden, wo es darum geht, dass immer mehr Plastik und immer mehr Kleinteile in den Kommunen landen. Und dementsprechend ja auch dann von uns wieder durch die Müllabfuhr und durch die Straßenreinigung etc. Entsorgt werden müssen, dass Aufwand ist. Aber dann ist wirklich, es war einfach schön zu lesen, fast schon, wenn es nicht so traurig wäre, dass man dann beantragen muss. Und wie viele Mülleimer hast du, in welcher Größe, wie oft werden die geleert, wie viel Müll entsteht da? Um am Ende eine vierstellige Summe zu erhalten. Und das sind so Dinge, da kontrolliert dann jemand. Jemand hat eine falsche Zahl angegeben, da hätten sie eine Förderung von 660.000 bekommen. Das ist aber dann erst aufgefallen. Dann ist die Kontrolle aber auch jetzt nicht so gut. Also wieso mache ich das überhaupt? Anstatt zu sagen, wir gehen jetzt einfach mal pauschal davon aus, dass in der Gemeinde mit 26.000 Einwohnern jetzt das anfällt und schütten das irgendwie mit aus. Oder braucht es denn da überhaupt noch was zu? Oder machen wir das über normale Zuweisungen? Also das kann doch nicht sein, dass ich jetzt hier zwei Wochen lang Mitarbeiter rausschicke, die die Müll einmal zählen.

Birte Kruse-Gobrecht

[35:22] Absolut. Und das ist der Wahnsinn mit Methode, der letztlich auch Ausdruck ist, dass unser Finanzierungssystem sich einfach neu organisieren muss.

Kathrin Flscher:

[35:31] Ja, das ist ja doch das neue Buch von Hartmut Rosa, wo es ja darum geht, dass Handlungsspielräume radikal reduziert werden durch Kontroll- und Gerechtigkeitsanspruch. Und das ist ja auch, also ich meine, ich war ja lange

Pressesprecherin der Uni in Flensburg und das machen, was du gesagt hast, für alles müssen wir Förderanträge stellen. Das ist natürlich genau dasselbe im Wissenschaftssystem und dann fördern, also plötzlich wollen alle zu Digitalisierung und Inklusion forschen, weil da gibt es dann halt eine Förderlinie und die Universitäten sind ja auch in ihrer Autonomie total beschnitten, das ist echt ein Problem, da wäre ich dabei. Und jetzt würde ich aber, weil ihr schon die Überleitung eigentlich ja so großartig gerade gemacht habt, die Überleitung machen zu den Forderungen, zu dem Positionspapier, das du Maren gerade auch schon erwähnt hast. Es heißt, Deutschland braucht einen Neustart. Und darin heißt es nämlich, es geht mehr als um die Frage, wie bekommen Kommunen mehr Geld? Es geht darum, wie muss ein Staat aussehen, der all das tatsächlich leisten kann? Das heißt, Programme, Förderlogiken, Zuständigkeitsfragen und so weiter sind das eine,

Kathrin Flscher:

[36:38] Ihr wollt aber tatsächlich eine Staatsreform. Und die hat sechs Forderungen. Vielleicht können wir die gerade mal kurz durchgehen. Ich fand es interessant. Du hattest die zweite Forderung, die haben wir jetzt gerade eigentlich schon abgeräumt. Das ist mehr freie Mittel, weniger Förderprogramme. Und die erste ist Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Aufgaben, Finanzierung und Verantwortung verbindlich neu ordnen. Wie sähe das aus?

Maren Busch:

[37:03] Über die Finanzierung haben wir vorhin schon mal gesprochen. Also die grundsätzliche Zuweisung, Anlassregeln, Verantwortung und ich finde ja auch Vertrauen ist mal Hand in Hand. Also uns einfach in den Kommunen mehr Handlungsspielraum lassen, was wir vor Ort besser entscheiden können, weil wir einfach die Situation Lebensrealität vor Ort kennen. Da sind wir wieder in demselben Themenkomplex. Für was gibt es Förderung? Also wie setzen wir unser Geld ein? Das können wir auch vor Ort ganz gut entscheiden. Und eine grundsätzliche Aufgabenkritik. Also was kann man vielleicht auch mal sein lassen? Wir hatten vorhin das Thema immer neue Aufgaben. Und es kommen immer neue Aufgaben dazu, aber vielleicht gibt es auch Aufgaben, die man einfach mal unter den Tisch fallen lassen kann. Dokumentationspflichten, die wir unter den Tisch fallen lassen können.

Kathrin Flscher:

[37:44] Hast du ein Beispiel?

Maren Busch:

[37:44] Ah, bitte, jetzt hilf mir gerade mal. Man redet immer so allgemein, aber so ganz konkret. Fallen mir gleich wieder Hunderte ein.

Birte Kruse-Gobrecht

[37:52] Also weil die Aufgaben, die dazukommen, Entschuldigung, wenn ich reingehe, die Aufgaben, die dazukommen, das sind ja die Aufgaben, die tatsächlich auch große

Aufgaben sind. Also der demografische Wandel zwingt euch, die globale Sicherheitslage zwingt euch, der Klimawandel zwingt euch, Dinge vor Ort zu verändern. Und dann wäre natürlich interessant, was könnten Kommunen sein lassen? Als Bürgerin werde ich da sofort nervös.

Maren Busch:

[38:12] Okay, das kann ich verstehen. Wenn es um Aufgaben geht, mir fallen jetzt nur so kleine Beispiele ein, wie Dokumentationspflichten und hier Nachweispflichten.

Birte Kruse-Gobrecht

[38:19] Haftungsinstitutionen.

Maren Busch:

[38:20] Also das haben wir ja sowieso in der Freienwirtschaft genauso. Brauchst du wirklich einen Leiterbeauftragten, diesen Kram? Aber ich rede jetzt nicht von Aufgaben, wie dass wir irgendwie keine Feuerwehr mehr machen oder so. Also die großen Themen nicht, aber vielleicht hat Birte ein gutes Beispiel in dem Bereich.

Birte Kruse-Gobrecht

[38:36] Ich finde gerade auch die Frage eben immer um das Wie oder wo ist praktisch dieser Haftungsgedanke? Also es ist ja im Moment so, dass praktisch immer schon vom Ende her aufgedacht wird, was könnte alles passieren und was müssen wir praktisch alles tun, um mögliche Haftungen oder Risiken zu vermeiden. Also Brandschutz ist wichtig, keine Frage. Arbeitsschutz ist alles wichtig und richtig. Nur eben die Frage der Haltung, müssen wir das mit den Unterweisungen, mit all dem, was praktisch das an Kontrolle bedeutet, so kleinteilig dokumentieren?

Maren Busch:

[39:12] Ja, genau.

Birte Kruse-Gobrecht

39:13] Entschuldige. Also mir fehlt jetzt auch gerade so diese konkrete...

Kathrin Flscher:

[39:17] Also die Dokumentationspflicht zum Beispiel. Das sind ja auch alle Ärzte, alle Lehrkräfte. Das ist ja bei allen,

Birte Kruse-Gobrecht

[39:22] Was ich geeinigt habe. Ja, also in einer Tiefe. Also es geht ja gar nicht darum, dass jeder machen kann, was er will. Und keiner, ich sage immer so, ein Leitsatz war ja auch oft so, jeder macht das, was er will, keiner macht das, was er soll, aber alle machen mit. Das ist ja nicht unsere Idee. Nur, wir sind ja an vielen Stellen, wo wir einfach merken, wir sind da sowas von überreguliert. Ich sage mal Stichwort hier Regenrückhaltebecken, ging auch vor einigen Jahren rauf und runter. Das hat ja verschiedene Ebenen, immer so die Frage der Sicherheit. Also wenn ein Kind in den Teich fällt oder in ein Regenrückhaltebecken, was eben kein Schwimmteich ist, so wer

haftet. Ganz viele Haftungsfragen sind ja dann auch auf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister abgewälzt. Im Sinne von am Ende muss die Verwaltung, die Verwaltungsleitung nachweisen, dass sie ihren Sorgfaltspflichten nachgekommen ist. Und dass sie alles dafür getan hat, einen möglichen Schaden zu vermeiden. Und dann ist ja die Frage, wie weit geht denn das? Und wie weit soll man das dokumentieren, zurückmelden und Vorkehrungen treffen? Und wenn da so ein Mindset sich verändern könnte, sowohl in der Verwaltung eher lösungsorientiert als immer, also nicht immer, immer nämlich zurück, aber oft angstorientiert

Birte Kruse-Gobrecht

[40:33] Und auf der anderen Seite aber auch Wunsch und Wirklichkeit, Anspruch, was erwarten auch Bürgerinnen und Bürger von ihren Verwaltungen vor Ort, was alles geregelt sein soll und am Ende auch versichert sein soll. Ich sage mal Schneeräumpflichten oder die ganzen Straßenreinigungssatzungen, wo geregelt ist, wer wann bei wie vielen Flocken sein Grundstück oder sein Weg vorm Grundstück freizuhalten hat. Da finde ich es auch ein paar zu sagen, wenn ich sehe, es ist glatt und es schneit, dann weiß ich als normaler Mensch auch Augen auf beim Rausgehen. Es könnte glatt werden. Und ja, es gibt Räumpflichten, es gibt Verantwortung für Sorgepflichten, aber es gibt auch nicht auf jedes Restrisiko einen Anspruch auf Absicherung. Dieses Spannungsfeld, das ist, glaube ich, auch übergeordnet Ursache für diese ganzen Dokumentations- und bürokratischen Aufwände, die entstanden sind.

Birte Kruse-Gobrecht

41:31] Und das klingt jetzt so klein,

Maren Busch:

[41:32] Aber das ist riesengroß, dieses ganze Thema. Ich glaube, wenn wir Haftung neu denken würden und da mutiger wären, weil wir auch wüssten. Das System schützt uns am Ende und wir haben nicht die Gefahr. Jeder Mitarbeiter sichert sich ab, jede Mitarbeiterin im öffentlichen Dienst. Und vielleicht würde man das eine oder andere, was einfach sinnvoll ist, auch mal durchwinken, wenn man nicht Angst hätte davor, am Ende dafür haftbar gemacht zu werden. Dann gibt es Dinge wie die Teichurteile, wo am Ende es in mehrere Instanzen ging, weil drei Kinder in einem Teich ertrunken sind. Aber es ist der Bürgermeister schuld, hätte man ein Piktogramm anbringen müssen, dass es gefährlich ist. Solche Debatten oder die Frage, wieso hat das funktioniert, dass ein Straßenzug einfach selbstständig einen Spielplatz gebaut hat? Die Eltern bauen auch alle in ihren Höfen und in ihren Gärten die Schaukel selbst auf. Wieso kann das nicht auch in einem Straßenzug stattfinden? Also, weil dann der TÜV geprüft und muss nochmal abgenommen und fünfmal abgenommen und da hat jeder Angst vor. Und auf einmal braucht man auch einen Architekten und auf einmal ist so ein Spielplatz 500.000 Euro teuer, wo eigentlich aber nur eine Rutsche und eine Schaukel steht.

Maren Busch:

[42:38] Und das sind Dinge, die versteht keiner mehr und da kommen wir an unsere

Grenzen. Bis dahin auch noch ein gutes Beispiel, vielleicht aus der Praxis vor zwei Jahren, weil das, glaube ich, tauchte auf einmal von Landesforsten, in den Pfalz, der Begriff Megagefahrwald auf. Und keiner wusste, was damit gemeint ist. Also es war komplett Irrsinn. Es ist auf einmal in irgendeinem Schreiben gewesen und jeder hatte Angst, was ist denn jetzt Megagefahrwald? Und es sorgte dafür, dass Land auf, Land ab, in ganz anderen Pfalz diskutiert wurde, was wir jetzt genau und welche Wege wir sperren müssen. Am Ende wurden Bänke abgeschraubt, weil man Angst hatte, dass man die, da ist eine erhöhte Verkehrssicherungspflicht rund um Bänke, weil wir quasi den Menschen sagen, hier könnt ihr euch hinsetzen. Und wenn dann ein Ast auf den Kopf fällt, dann sind wir ja schuld. Und über solche Dinge wurde diskutiert. Oder die Frage, kann ich jetzt überhaupt noch mit einer Kita in den Wald gehen? Ich habe jetzt zu viel Angst, dass da was passiert. Über diese Dinge haben wir diskutiert.

Birte Kruse-Gobrecht

[43:29] Da würde ich gerne direkt reingehen.

Maren Busch:

[43:32] Wenn unsere Kinder in den Wald gehen, wenn die was lernen, wenn unsere Senioren auch noch Spaziergänge machen, die sie nicht mehr machen, wenn keine Wänke mehr im Wald stehen. Aber da ist dieses Haftungsthema und ich glaube, da wollen wir einfach in Deutschland besonders sicher sein und besonders richtig machen. Da sitzt immer überall jemand, der sagt, das ist jetzt mein Job und das muss jetzt nochmal hundertprozentig korrekt sein.

Birte Kruse-Gobrecht

43:52] Da kann ich noch einen drauflegen. Wir hatten ja die Situation, dass eben Mangelsressourcen oder Personal die Radwege nicht von den überliegenden Bäumen freigehalten werden konnten. Also nicht den notwendigen Abstand eingehalten werden konnte. Ich glaube, das war auch bei extra 3. Daraufhin hat der Landesbetrieb alle Radwege mit Schildern versehen, dass das Radfahren auf den Radwegen verboten sei, weil ja von oben Äste den Helm streifen könnten. Inzwischen ist das alles wieder rückgekoppelt. Aber wir sind hier zum Teil durch die Gegend gefahren und haben uns gefragt, ob das jetzt ein Test sein soll bei Verstehen Sie Spaß? Nein, das war genau Ausdruck dessen, was du gerade beschrieben hast, Maren. Gefahr, Wald oder Gefahr, Achtung, Baum von oben. Mangels Ressource oder vielleicht einfach mal Priorisierung festzulegen oder genau das zeigt sich ja auch, Mangels Überblick, weil man vielleicht auch gar nicht weiß, wann wurde eigentlich was wo zuletzt beschnitten oder wie schnell wächst was wo oder wo kann man auch vielleicht mal Amtshilfe erwirken. Also es besteht kein Überblick, also macht man erstmal pauschal, bevor wir hier irgendwie ein Risiko eingehen, zack, Radwege sind ab sofort in der Nutzung verboten.

Kathrin Flischer:

[45:05] Es ist interessant, finde ich, weil gerade bei Social Media, was ja, würde ich sagen, gefährlicher für die meisten von uns ist, als vielleicht mal ein Ast, der einen Helm

streifen könnte, da ist ja die Haftung ausgeschlossen. Die sind ja aus der Haftung rausgenommen, weil sie nur als... Als Provider geführt werden. Und das lassen wir als Gesellschaft zu. Das ist jetzt aber nur eine Seitenbemerkung, weil wir müssen ja weitermachen auf unserer Strecke. Wir haben nämlich noch vier Forderungen, bevor wir dann zum Thema kommen, Birte, was du schon ein paar Mal angesprochen hattest. Was könnte sich eigentlich in den Kommunen auch ohne eine andere Finanzierung ändern? Und dann haben wir auch noch das Thema Frauen. Ich würde aber gerne mit Maren noch weiter besprechen, oder mit euch beiden natürlich, die Forderungen der jungen BürgermeisterInnen. Wir hatten jetzt den Zukunftspakt. Wir haben die mehr freie Mittel, weniger Förderprogramme. Es gibt einen Punkt, Kommunalcheck für neue Gesetze und Regelungen. D.h. neue Vorgaben sollen systematisch auf die kommunale Umsetzbarkeit geprüft werden. Geht es da um Finanzierung oder geht es da tatsächlich um Umsetzbarkeit im Allgemeinen?

Maren Busch:

[46:08] Ich würde sagen, vor allem zweiteres, nachdem wir Finanzierung schon 2-mal drin hatten, will ich nicht immer nur auf die armen Kommunen ins Pleite gehen. Aber das können wir relativ schnell abhandeln. Das hatten wir vorhin schon mal mit dem Thema Ganztagsbetreuung auch in Ferienzeiten. Erzieherinnen, Erzieher werden auch schon so gesucht, wen soll ich in den acht von zwölf Ferienwochen? Dann finden der Vollzeit die Kinder betreut. Und wir gehen davon aus, dass wir, glaube ich, 80 Prozent Abdeckung hätten. Wir haben ungefähr 1.000 Grundschülerinnen und Grundschüler. Also ich brauche jetzt von jetzt auf gleich, also es stimmt nicht ganz, weil das Gesetz ist ja schon älter, aber ich brauche in acht von zwölf Ferienwochen, habe ich 800 Kinder hier stehen. Und die müssen betreut werden, Vollzeit. Und wo und wie und was ist uns dann selbst freigestellt. Am Ende ist es, wie gesagt, Aufgabe der Landkreise, nicht der Verbandsgemeinde. Aber solche Dinge, lasst uns doch bitte doch erst mal miteinander reden, ob das sinnvoll ist. Und jetzt werde ich ganz frech, das steht hier gar nicht drin in unseren Forderungen, aber ich kann ja noch selbst was mit reinbringen. Ich wäre ja sowieso, ich rede die ganze Zeit von Bürokratieaufbau und würde jetzt nochmal eine bürokratische Ebene reinbringen, aber ich wäre für eine dritte Kammer. Also ich würde ja sagen, Bundestag, Bundesrat und dann gibt es irgendeine, weitere kommunale Vertretung in dem Gesetzgebungsprozess. Weil wir sind ja offiziell anhängselnde Länder, staatsrechtlich gesehen, im Grundgesetz. Und ich glaube, wir bräuchten einfach noch eine lautere Stimme als Kommunen.

Kathrin Flischer:

[47:35] Das finde ich super, weil das wäre eine Frage, die ich jetzt gerade mal vorziehe. Wir haben die ganzen Forderungen noch nicht abgefrühstückt, das machen wir gleich, aber man fragt sich natürlich, das sind ja alles politische Forderungen, ich kann auch viel fordern, ich bin für eine Vermögenssteuer, wird auch nicht eingeführt. Wie kümmert man sich darum, also welche Hebel habt ihr denn als KommunalpolitikerInnen in der Hand, um eure Forderungen durchzusetzen?

Maren Busch:

[47:57] Wir haben natürlich Interessenvertretungen, wie beispielsweise der Deutsche Städte- und Gemeindebund oder wir zum Netzwerk Junge Bürgermeisterin werden. Gott sei Dank in den letzten Jahren auch immer mehr gehört. Uns gibt es ja noch gar nicht so lang. Wobei ich schon das Gefühl habe ... Da könnte noch mehr gehen. Also wir hatten eine große Kampagne, Rettet die Kommunen oder Kommunen am Limit hieß es, glaube ich. Kommunen am Limit, organisiert vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Und ich mache abends die Nachrichten an. Und das war so irgendwie der vorletzte Punkt und auch nicht wirklich Mühe gegeben bei der Tagesschau, über die Kommunen zu berichten. Und das sind so Dinge, wo ich denke, aha, wieso? Jeder von uns ist betroffen. Wirklich, deutschlandweit ist jeder von den kommunalen Nöten, den finanziellen Handlungsspielräumen betroffen. Wieso hat es denn in der Presse, in der Aufmerksamkeit so wenig Raum tatsächlich?

Kathrin Flscher:

[48:47] Ist komisch, ne? Ich habe immer das Gefühl, aber das ist jetzt wirklich völlig aus dem Bauch rausgesprochen, dass auch so ein Wort wie Kommunalpolitik ist halt total unsexy. Also das ist so meins, das wird so mit Provinz.

Maren Busch:

[49:01] Es wird auch belächelt, ne? Genau, es wird mit Provinz und belächelt und die Kleinen haben ja nur kleine Probleme. Aber ich rede ja nicht von meinem einen kleinen Problem. Ich rede ja von einer systematischen Problematik in ganz Deutschland und die uns allen auf die Füße fallen wird.

Birte Kruse-Gobrecht

[49:16] Ja, nur das Bewusstsein, das dafür muss eben noch anders wachsen. Und ich erinnere mich gerne zurück, als ich damals 2016 ins Bürgermeisterinnenamt eintrat, hatte ich ja auch, sage ich mal, aus dieser Organisationsentwicklungsperspektive schon an verschiedenen Stellen gesagt, so das sind strukturelle Themen, das sind strukturelle Themen, das sind strukturelle Themen. Aber auch die Eskalation bei den kommunalen Spitzenverbänden hat in dem Sinne ja noch nicht das Bewusstsein geschärft, zu sagen, wir müssen uns selber ja auch mal hinterfragen, wie kommunizieren wir miteinander, wie informieren wir uns, in welchen Gremien wird was abgestimmt. Und auch da kommen wir nachher noch zu, um eine andere Effizienz reinzubringen. Und jetzt würde ich auch denken, wir brauchen nicht wieder zehn Arbeitskreise. Aber Maren, wie du sagst, es braucht ein Sprachrohr, was verbindlich mit in diese Gesetzgebungsprozesse integriert wird, damit die Praxis auch gleich mit am Tisch ist. Und wir hören es doch jetzt, und das macht es doch auf Dauer auch müde, ist jetzt nicht Thema Kommune, Land und Bund, aber aktuell die Reformen, die ja richtig und wichtig sind. Nur solange wir die Gesetzgebungsverfahren nicht wirklich ganzheitlich mit auch praktischer und wissenschaftlicher Expertise gleich bei der Entstehung in Kontakt bringen, werden wir

immer in der Situation sein, dass sich praktisch Fachlichkeit im Kreis dreht. Und die Praxis der Umsetzung eigentlich erst drei Schritte zu spät an Bord kann.

Maren Busch:

[50:43] Ich möchte eine Anmerkung noch machen.

Birte Kruse-Gobrecht

[50:46] Ein Satz noch dazu, gerne noch, aber Thema Öffentlichkeit, Kampagne, wirklich auch, also ganz oft und ganz lange habe ich gehört, ja ist halt so, kann man auch nichts daran ändern oder ja machen die anderen ja auch nicht anders, also auch so ein Achselzucken und dafür ist eben keine Zeit mehr und darum braucht es letztlich auch Jede einzelne Ebene, die wirklich eskaliert und sagt, es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Staates und diesen politischen Willen wirklich in den Mittelpunkt zu stellen. Wenn wir jetzt mal sagen, Verwaltung, Beamtinnen, Beamte dürfen nicht streiken, aber wo müssten wir vielleicht einfach mal sicherstellen, dass man jetzt nicht die Arbeit niederlegt. Aber vielleicht haben wir mal so eine Stunde mit Blick auf den Frauenstreik, ohne uns steht alles still, auch die Kommunen mal eingeladen sind zu sagen, ohne uns geht gar nichts mehr.

Kathrin Flscher:

[51:39] Maren, du wolltest ergänzen.

Maren Busch:

[51:40] Ich möchte noch ganz kurz eine Ergänzung machen, weil mir das so wichtig war, du hast gesagt, die Zukunftsfähigkeit des Landes und so weiter und wir brauchen da einen Ruck auch. Am Ende des Tages helfen uns Gesetze alleine auch nicht weiter, wenn dann die Verwaltungsvorschriften dem entgegenstehen. Ich habe häufig das Gefühl, dass wenn ich mich mit Bundespolitikern unterhalte oder auch Landespolitiker, viele inzwischen mit uns gehen und das auch verstehen. Vor ein paar Jahren auch gerade das finanzielle Thema, da hat der Bürgermeister schlecht gehaushaltet. Ich glaube, inzwischen hat man schon verstanden, dass das ein strukturelles Problem ist. Und jetzt haben wir keine Erkenntnis, sondern Umsetzungsprobleme mehr.

Birte Kruse-Gobrecht

[52:14] Aber nur, das ist vielleicht noch nicht... Auch nicht seit gestern, aber ja. Auch nicht seit gestern,

Maren Busch:

[52:19] Genau. Nur, wie gesagt, vor ein paar Jahren war es, glaube ich, immer noch, ach, die eine Kommune, die hat halt das versäumt. Aber inzwischen erkennen wir, dass das nicht das Problem der einen Kommune ist. Nur, worauf ich hinaus möchte, es ist nicht alleine mit den Politikerinnen und Politikern, getan, die dann irgendwie im Bundestag oder im Landtag sitzen, sondern wir müssen auch da die Ministerien und die Untergeordneten der Regierung, Also wie bei uns heißt es ADD und SGD, also Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Struktur- und Genehmigungsdirektion, die müssen wir

auch alle mitnehmen, weil das nicht damit getan, dass das Gesetz geändert wird und dann wir, mehr Freiräume haben und dann in der Verwaltungsvorschrift aber bis ins kleinste Detail alles geregelt ist, was dann uns doch wieder fesselt. Also da brauchen wir wirklich ein gemeinsames Verständnis von allen, die im Staat mitarbeiten.

Birte Kruse-Gobrecht

[53:04] Absolut.

Kathrin Flischer:

[53:06] Ich glaube auch, das wäre jetzt auch eine These von mir aus diesem Podcast, dass irgendwie sozusagen so Lebensinfrastrukturen, das ist eine These, auf der ich neuerdings rumkaue, dass ich das Gefühl habe, alles was so Infrastruktur ist und was eigentlich unser Leben erst ermöglicht, also soziale, physische, politische Infrastrukturen von der Arbeitslosenversicherung bis zum Abwasser, dass die Menschen das vergessen haben oder für selbstverständlich halten. Und da kommen wir jetzt auf die These meines Podcasts, dass sich sehr stark um ihr eigenes Ich kümmern. Achtsamkeit ist dann eine Technik davon, es gibt andere. Aber dass irgendwie diese Infrastrukturvergessenheit, die dann vielleicht auch dazu führt, dass Kommunalpolitik als unsexy betrachtet wird und niemand interessiert sich für das Wasser oder wie das Wasser aus dem Hahn kommt, mit dem ich mir morgens meinen Jogi-Tee zur Meditation mache. Aber eigentlich ist es doch total verrückt. Weil das ist doch das, was unser Leben ganz basal trägt. Wie erlebt ihr das? Erlebt ihr auch diese Infrastrukturvergessenheit?

Maren Busch:

[54:12] Ja, ich glaube, es geht immer erst nicht mehr vergessen, wenn es kaputt ist. Ja. Und dann kommen die Beschwerden. Und dann wird sie aber auch beschwert, wenn es vor Ort gemacht wird. Weil da muss eine Straße gesperrt werden, ne? Aber ich würde dir zustimmen, ja. Es wird alles als selbstverständlich wahrgenommen. Dass ich Strom aus der Steckdose habe und das Wasser aus dem Wasserhahn läuft und die Feuerwehr kommt, wenn das Haus brennt und die Schule gut. Also, ich glaube, ja. Und jetzt merken wir, sind wir aber an einem Punkt angelangt, wo all das in Frage steht. Weil gefühlt alles marode ist. weil wir überall Sanierungsstau haben, weil die Straßen gleichzeitig kaputt sind mit den Feuerwehrgerätehäusern, mit den Schwimmbädern, mit den Schulen, mit den Sportanlagen. Das ist alles irgendwie 70er, 80er Jahre schön neu aufgebaut worden und wir haben jahrelang alles vernachlässigt. Wie gesagt, ich bin jetzt sehr, sehr negativ. Und jetzt kommen wir an einen Punkt, wo wir merken, das ist gar nicht mehr alles selbstverständlich. Unser Wohlstand ist auch nicht mehr selbstverständlich. Das ist alles gefährdet und wir müssen uns jetzt echt anstrengen, dass wir unseren Lebensstandard halten können. Und es geht nicht mehr darum, neu, schick und schön. Davon habe ich mich lange als Bürgermeisterin verabschiedet, dass ich hier irgendwie... Neue Dinge schick und schön machen kann. Sondern erst mal geht es darum, dass ich

hier aufrechterhalte, was wir schon haben und dafür Sorge, dass dieser Sanierungsstau, auf dem wir sitzen und jahrelang saßen, jetzt mal abgebaut wird.

Kathrin Flscher:

[55:23] Ist natürlich auch eine Frage der Finanzierung. Ich will das jetzt nicht mehr vertiefen. Wir kommen nämlich zum nächsten Komplex. Ich würde sagen, die sechs Forderungen der jungen BürgermeisterInnen, die kann man auch nachlesen. Wir haben sie jetzt alle eigentlich besprochen, wenn wir sie auch nicht Punkt für Punkt abgearbeitet haben. Und ich würde deshalb zu unserem zweiten Gesprächskomplex kommen wollen. Den hat ja Birte schon ein paar Mal angedeutet. Es geht um die Resilienz der Kommunen. Und das ist eben auch ein Thema, das du, Birte, im August 2026 beim Forum Kommunal behandelt hast. Du hast da ein Seminar oder einen Vortrag zugemacht. Und vor dem Hintergrund all dessen, was wir gerade besprochen haben, knappe Haushalte, zunehmende Aufgaben, globale Krisen, die in den Kommunen ja aufschlagen, wie Klimawandel, soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Polarisierung, demografischer Wandel, all das. Die Frage an dich, Birte, sozusagen mal ganz generell, haben Kommunen überhaupt den Handlungsspielraum eigenständig, Resilienz zu erzeugen, sage ich mal?

Birte Kruse-Gobrecht

[56:26] Unbedingt. Und da waren sich auch die Teilnehmenden im Forum Kommunal wirklich einig. Das war ja auch übergeordnetes Thema. Und natürlich können wir die eben benannten Herausforderungen nicht wegwischen und sagen, ohne Geld und ohne Personal kriegen wir es trotzdem alles geregelt. Also nein, natürlich braucht es auch das, aber das, was Verwaltung oder was Kommunen selber leben können, ist ja erstmal die Haltung. Das heißt, sich bewusst zu machen, welche Dimensionen von kommunaler Resilienz haben wir denn? Es ist ja mehr als Katastrophenschutz oder finanzielle Ausstattung. Und wie steht es in den einzelnen Dimensionen um unsere eigene, wie nennt man das, Verfassung? Wie sind wir aufgestellt? Und allem voran, würde ich denken, ist eben auch im Mindset wichtig, also mutig und lösungsorientiert und kooperativ voranzugehen. Und wenn es jetzt passt, kann ich auch gerne einfach die einzelnen Dimensionen der Resilienz kurz erläutern, worum es letztlich geht.

Kathrin Flscher:

[57:34] Sehr gerne.

Birte Kruse-Gobrecht

[57:36] Denn im Moment denken immer alle, es ist Katastrophenschutz oder Krisenschutz und es ist ja auch ein Thema, aber aus meiner Perspektive und auch zusammen mit meiner Kollegin Anke Butscher haben wir das weiterentwickelt auf fünf Dimensionen, nämlich zum einen die soziale Resilienz, die ökologische Resilienz, die personelle und die strukturelle Resilienz jeweils und auch die demokratische Resilienz. Diese fünf Themenfelder oder fünf Dimensionen, die greift natürlich ineinander, also sind alle miteinander verknüpft, auch wenn jede Dimension ihre eigenen Schwerpunkte

hat. Und wir haben im Bereich der sozialen Resilienz vieles ja auch schon verstanden, wo wir eben jetzt sehen, wo die soziale Spaltung etc. Uns fordert. Und da wäre ja zum Beispiel ein Ansatz zu sagen, wie können wir denn oder das Ziel sich zu setzen, soziale Strukturen zu stärken und auch übergeordnet wieder verantwortlich, einfach die Tragfähigkeit von Kommunen

Birte Kruse-Gobrecht

58:38] Zu fördern und die Widerstandsfähigkeit in allen Bereichen da auch mal auf den Prüfstand zu stellen, das denke ich ist Aufgabe der Kommunen für sich. Ich würde jetzt auch in der ökologischen Resilienz gerne einmal ergänzen wollen, dass es auch eine Frage von Verantwortungsbewusstsein ist, beuge ich auch vor. Also wir haben eben gehört, 50 Jahre keine Rücklagen gebildet. Natürlich wäre da der Bund einerseits auch mit im Blick gewesen, das mit zu steuern und auch die Länder. Aber die Kommunen letztlich auch bei all ihren Entscheidungen gefragt sind, ist das, was wir tun, zukunftsfähig? Ist das nachhaltig? Ist das auch in 20 oder 30 Jahren? Wie sind denn Folgewirkungen, also die Wirkungsorientierung, gerade in dieser sozialen und ökologischen Dimension, die halte ich für entscheidend? Und das ist dann auch kommunal vor Ort zu entscheiden, nicht immer nur nach Wunsch, sondern eben auch nach Wirklichkeit zu schauen, was geht.

Birte Kruse-Gobrecht

[59:37] Und eine wesentliche Perspektive, das ist eher dann das Innenleben der Verwaltung, das sind letztlich die Fragestellungen von personeller und struktureller Resilienz, nämlich die Frage von Mindset, Zusammenarbeit, welche Werte, welche Haltung treibt uns an, sind wir auch interkommunal in der Zusammenarbeit interessiert, wollen wir miteinander voneinander lernen, welche Fehlerkultur haben wir im Hause und eben da auch ganz klar zu schauen, wenn wir die strukturellen Themen anschauen, mehr in Projekten, mehr in Prozessmanagement zu denken, in Agilität und wirklich eine Organisationsentwicklung, die hört ja nicht auf. Also man ist ja im Prozess.

Birte Kruse-Gobrecht

[1:00:17] Das ist letztlich mit einem Haupthebel selber dazu beizutragen, dass Verwaltung transformiert. Das passiert ja nicht von oben, sondern das muss letztlich im Innen in einer Organisationskultur gelebt sein, die das Ganze auch tragfähig macht. Und Professionalisierung ist aus meiner Sicht auch ein wichtiger Punkt, dass wir eben weg davon kommen, jede Kommune macht es so, wie sie denkt oder jeder Mitarbeiter, jeder Mitarbeiterin, nicht alle. Es gibt viele Engagierte, die sehr konzentriert, sehr prozess- und strategisch bezogen mitdenken, aber es gibt auch immer noch viel, wo der Verwaltungsvorgang im Mittelpunkt steht und der bindet viel Energie. Und wenn das besser funktioniert, dann, meine ich, stärkt sich auch die demokratische Resilienz, weil wir dann erleben als Bürgerinnen und Bürger,

Birte Kruse-Gobrecht

[1:01:08] Die in der Kommune, also Kommunalpolitik und Verwaltung sind ja ein Organ

im kommunalverfassungsrechtlichen Sinne. Die sind gemeinsam an Lösungen interessiert. Sie sind im Mindset der Zusammenarbeit, der Kooperation. Sie wollen nicht ihre Ängste vor Rechtsfolgen oder ihr Zuständigkeits-Bingo abbauen, sondern sie wollen mutig voranschreiten und sagen, wir wollen... Uns bewusst werden, was es braucht vor Ort, um Zusammenhalt zu stärken und auch in den ganzen Entscheidungen, die vor Ort getroffen werden, die Wirkungsorientierung mit Blick auf das Gemeinwohl nicht zu vergessen. Wir machen das nicht vor Ort in der Kommune, um uns selber zu beschäftigen, sondern wir machen das für die Menschen, die dort leben und sie auch einzuladen, sich zu beteiligen, mit in Verantwortung zu gehen und nicht nur einmal im Jahr, wenn es irgendwie darum geht, den Müll in der Stadt gemeinsam zu sammeln. Mal vielleicht ein bisschen verrückt oder verkürzend dargestellt. Aber die Beteiligung, die Verbindung unterschiedlicher Sichtweisen und dieses Ringen um die beste Lösung auf eine komprimierte Weise und nicht drei Jahre diskutieren, das, glaube ich, ist schon ein Hebel, den jede Kommune vor Ort selber auch nutzen kann.

Kathrin Flscher:

[1:02:24] Da geht es ja eigentlich um einen riesigen Kulturwandel. Das ist ja nicht nur bei Kommunen so. Wie gesagt, ich war lange in der Hochschule Und wenn ich mir die Hochschulen angucke, kann man da vieles auch für unterschreiben. Und dann ist meine Erfahrung, dass das schon in der einzelnen Hochschule sehr schwierig ist, die nicht so viele Mitarbeitende hat wie jetzt Kommunen. Also deshalb zum Beispiel mal einfach die Frage, Maren, wenn du das jetzt hörst, wirst du da blass?

Maren Busch:

[1:02:48] Aufgrund der Herausforderungen, die auf uns zukommen? Oder wieso meinst du?

Kathrin Flscher:

[1:02:51] Ja.

Maren Busch:

[1:02:52] Man hat sich daran gewöhnt.

Kathrin Flscher:

[1:02:53] Also weil die Forderungen so groß sind. Entschuldigung, wenn ich nochmal erinnere. Weil man sagt, wir haben, das ist ja auch meine Erfahrung, dass es ja auch viele gegensätzliche Logiken sind, dass die ökologische Resilienz vielleicht manchmal was anderes erfordert als die Haushaltslage. Weil man könnte noch mal auf der grünen Wiese ein großes Gewerbegebiet bauen. Oder man könnte eben in einem Stadtteil, der eigentlich nachhaltig geplant ist, noch mal 50 Parkplätze an Investoren verkaufen oder so. Das sind so die Erfahrungen, die ich in Kommunen gemacht habe, dass diese Logiken ja oft gegeneinander stehen. Und das alles zusammenzubinden, Zusammen zu binden, auf der Suche nach einer gemeinsamen Lösung, stelle ich mir einfach wahnsinnig schwer vor. Deshalb die Frage, bist du da blass?

Maren Busch:

[1:03:33] Ja, tatsächlich. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir nicht jedes Mal, wenn eine gute Idee kommt und ein Projekt kommt, uns da vorne draufsetzen und sagen, ja, das könnte man auch noch machen. Wir sind an einem Punkt, wo wir wirklich mit unseren Ressourcen finanziell wie personell aufpassen müssen, was wir priorisieren und was wir angehen. Und deswegen ist es meines Erachtens wichtig, ein gemeinsames Zielbild zu entwickeln. Und das haben wir auch zu Beginn der letzten Wahlperiode. Der Rat und ich werden unterschiedlich gewählt. Ich bin für acht Jahre gewählt und der Rat für fünf Jahre. Aber nach der letzten Wahl haben wir das gemeinsam mit dem Verbandsgemeinderat, gemacht und zwei Tage uns eingeschlossen in der Zukunftswerkstatt und geschaut, was sind unsere geteilten Werte, wo wollen wir hin, was sind unsere wichtigsten Themen, auch so ein bisschen eine SWOT-Analyse, was sind unsere Stärken, Schwächen, Chancen, Risiken und das ausgearbeitet und darauf verständigen wir uns. Und das geht jetzt in die zweite Runde hier im Herbst, dass wir schauen können, sind wir noch auf dem richtigen Weg, haben wir die richtigen Schwerpunkte gesetzt, damit wir uns im Alltag nicht von Sitzung zu Sitzung handeln und jeder noch ein neues Projekt mitbringt und sagt, das wäre doch auch noch schön.

Birte Kruse-Gobrecht

1:04:42] Ja, und da bin ich auch bei der Wirkungsorientierung. So, was können wir erreichen? Also nicht nur die Frage, wollen wir es machen? Und dann auch die Frage, wie wir es machen. Also es spricht ja nichts gegen Flächenmanagement oder was du eben sagtest ja auch mit Parkplätzen. Aber wie können wir die zum Beispiel dann nachhaltig ausgestalten, damit wir Folgekosten reduzieren? So, also diese Perspektive.

Kathrin Fischer:

[1:05:01] Und Maren nochmal die Frage an dich, wenn ihr euch da zusammensetzt und der Rat ja auch wahrscheinlich Mitglieder verschiedener Parteien beinhaltet, kannst du sagen, also weiß ja nicht, ob du das erzählen darfst, was es zum Beispiel für Werte sind auf ihr, die ihr euch einigt und wie die dann euer Handeln leiten?

Maren Busch:

[1:05:24] Tatsächlich glaube ich, dass viele den Blickwinkel haben, und das wird vielleicht auch deutschlandweit so sein in anderen Kommunen, wie nur so eine Bundestagsdebatte. Das ist bei uns gar nicht der Fall vor Ort. Wir sind weitestgehend harmonisch, haben eine ähnliche Blickrichtung. Wir haben jetzt aber auch noch keine Extrem bei uns im Verbandsgemeinderat. Weder extrem rechts noch extrem links ist bei uns vertreten. Und die allermeisten, die bei uns im Rat sind, sind wirklich pragmatisch. Da kommt immer mal ein bisschen Schwerpunkt von der einen oder anderen Seite mit rein. Aber grundsätzlich geht es den Menschen bei uns im Rat darum, die Heimat zu gestalten, dass die Schulen gut ausgestattet sind, dass die Feuerwehren funktionieren. Und da haben wir relativ wenig solche Diskussionen, wie du das, glaube ich, gerade vielleicht im Kopf hast. Aber auch vielleicht aufgrund der Tatsache, das ich vorhin schon

mal angesprochen habe, wir haben begrenzte Ressourcen und Kapazitäten und wir haben gar nicht mehr die Freiräume, um da noch irgendwelche ideologischen, Diskussionen zu führen oder.

Maren Busch:

[1:06:31] Leuchtturmprojekte, die die eine oder andere Fraktion jetzt gut fände, durchzusetzen. Sondern erst mal müssen wir uns darauf verständigen, dass das Wasser hier läuft, die Feuerwehr rausfallen kann und die Schulen gehen. Und da kann ja keiner was dagegen haben. Also das sind dann manchmal so Schwerpunkte. Und das ist schon so was wie Nachhaltigkeit, finanziell auch, aber auch ökologisch. Ein Schwerpunktthema, Heimat- und Zusammenhang, Geheuerigkeitsgefühl. In meinem Rat ist wichtig, dass Jugend gesehen wird, dass wir aber auch die Alten nicht vergessen. Das sind dann so Schwerpunkte, die wir gesetzt haben. Und wo wir jetzt im Herbst ansetzen wollen, da haben wir fünf Schwerpunktthema. Das ist, glaube ich, eins Nachhaltigkeit, das andere ist, wie gesagt, Jugend, wo wir auch uns um Sportstätten, Schwimmbäder usw. In dem Themenkomplex mit beschäftigen wollen, wie wir das erhalten können. Aber auch Treffpunkte für Jugendliche. Und Beteiligung von Jugendlichen, Stichpunkt irgendwie Jugendrat etc. Und ein Schwerpunkt, und das ist echt groß, ist das Thema Umgehen mit dem demografischen Wandel, Altern, ärztliche Versorgung auf dem Land, also diese ganzen Themenkomplexe. Und da sind die Unterschiede in den politischen Ansichten in den Fraktionen echt gering. Also da merke ich kaum, oder da würdest du auch kaum merken, wenn ich dir nicht sagen würde, wer in welcher Fraktion ist. Und wir haben dann so eine Zukunftswerkstatt und da wird darüber gesprochen, wie wir die ärztliche Versorgung sicherstellen, dann merkst du das eigentlich nicht.

Kathrin Flischer:

[1:07:54] Das klingt toll. Also es klingt halt sehr pragmatisch und nicht so ideologisch. Das habe ich manchmal das Gefühl, dass ich das halt so erlebe, dass sehr viel immer gleich in rechts und links eingeteilt wird und dadurch natürlich so ein Lösungsraum auch verloren geht. Aber das klingt jetzt so, als ob ihr in der Lage seid, diesen Lösungsraum zu erhalten.

Maren Busch:

[1:08:15] Ich habe das große Glück, dass wir da eine gute Debattenkultur haben. Und jetzt haben neulich die Grünen eingebracht, Entsiegelung von Flächen. Und da hat sich keiner eine Krone abgebrochen, zu sagen, wir stimmen alle dem Grünen-Antrag zu. Wo ja sonst in der großen Politik irgendwie, würde man schon überlegen, stimme ich da jetzt zu oder bringe ich lieber selbst was ein? Nein, wir finden das alle gut und das ist ja auch sinnvoll. Und mit Menschenverstand betrachtet ist es ja auch sinnvoll. Also können wir doch einfach einstimmig den Beschluss fassen. Aber ich weiß, dass das nicht selbstverständlich ist. Das ist ein großer Schatz, den ich in meiner Gemeinde habe. Dafür bin ich sehr, sehr dankbar. Und das ist aber auch Arbeit, das aufrechtzuerhalten.

Da sind wir uns aber alle einig, dass wir es aufrechterhalten wollen. Das sieht aber in vielen anderen Gemeinden tatsächlich anders aus. Deswegen möchte ich das jetzt nicht exemplarisch über ganz Deutschland bringen.

Kathrin Flscher:

[1:09:01] Aber da vielleicht die Frage an euch beide, sowohl an die Coachin als auch an die Bürgermeisterin. Vielleicht kannst du ja anfangen, Maren. Du sagst, du hast den Schatz vorgefunden und es ist Arbeit, das zu erhalten. Hast du denn, also was tust du oder wie gehst du vor, um diesen Schatz aufrechtzuerhalten, um dieses... Also diese Gemeinwohlorientierung, die Wirkungsorientierung, die Pragmatik in den Abstimmungen beibehalten zu können.

Maren Busch:

[1:09:27] Ich glaube, das ist ein Zusammenspiel aus verschiedenen Themen. Ich versuche, so authentisch wie möglich zu sein und so ehrlich wie möglich, auch wenn Dinge schiefgelaufen sind, auch im Rat zu sagen, das haben wir falsch gemacht. Tut uns leid, aber ich will jetzt mit euch gemeinsam drüber reden. Das auf der einen Seite, also nicht irgendwelche Hinterzimmer und ich versuche irgendwas zu vertuschen und Hauptsache es wird durchgedrückt. Ich versuche mir die Meinung vorab einzuholen, indem wir beispielsweise dann mal eine Ältestenratssitzung haben, wo wir nicht schon mit dem Gedanken reingehen, wie wollen wir das Thema jetzt bestmöglich einfach nur, Zustimmung erhalten, sondern was denkt ihr dazu, wo sollen wir hingehen, geht ihr da mit, was ist denn eure Haltung? Also der Ältestenrat ist bei uns die Sitzung mit den Fraktionsvorsitzenden. Aber auch dieser Austausch, wie gesagt, Zukunftswerkstatt, jenseits von Abstimmung, dass die Ratsmitglieder nicht nur das Gefühl haben, ich muss eine Hand heben und ich kann die Hand wieder senken, sondern dass sie wirklich das Gefühl haben, ich kann mitgestalten, ich kann vor Ort was einbringen. Wir haben auch einen Klimaschutzbeirat gegründet, solche Abstimmungsgremien. Oder auch die Idee, also die Zukunftswerkstatt beispielsweise, da habe ich gefragt, wer möchte in der Vorbereitung involviert sein? Habt ihr Lust daran mitzuwirken, die nächste Zukunftswerkstatt mit vorzubereiten, damit ihr auch da wieder Schwerpunkte setzen könnt, wie das organisatorisch, methodisch aussieht, aber auch, welche Schwerpunktthemen wir haben. Und dann haben sich einzelne Ratsmitglieder gefunden. Und ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig.

Kathrin Flscher:

[1:10:51] Birte, wie siehst du das? Was würdest du dazu sagen? Macht Maren das auch aus Sicht der kommunalen Coachin genau richtig so?

Birte Kruse-Gobrecht

[1:11:00] Absolut. Also das ist ja letztlich das, was es jetzt auch zeigt und alle, die beobachten, was in den letzten drei Jahren auch gewachsen und entstanden ist, auch mit dem neu gewählten Rat sich ergeben hat, spricht ja auch wirklich dafür. Und das bestärkt mich auch in meinem Aufruf, weil das ist, wie Maren auch sagt, ja leider nicht

überall so, dass sich alle nochmal wieder an die eigene Nase fassen und es braucht keine großen Konzepte und Maßnahmen. Es geht eigentlich zum einen immer wieder um die Frage vor Ort,

Birte Kruse-Gobrecht

[1:11:29] Um das Wollen, also wollen wir miteinander zusammenarbeiten und wir können ja nicht nur sagen ja oder nein, sondern wir sollen es ja auch nach Gemeindeordnung oder nach Kommunalverfassungsrecht. Und wie sieht denn eine gute Zusammenarbeit aus? Und dann müssten sich alle im Zweifel darüber verständigen oder nicht im Zweifel, sondern unbedingt, dass Ehrlichkeit, Vertrauen und Respekt in der Zusammenarbeit die Wertebasis praktisch sein muss und eine Debattenkultur, die von Respekt geprägt ist, zu ganz anderen Ergebnissen führen kann. Und die eigene Wirkungsorientierung im täglichen Tun mit in den Mittelpunkt zu stellen und dann noch zu priorisieren mit dem, was wir tun und wann und wie wir es tun, das führt doch dazu, dass gemeinsame Interessen überhaupt in den Mittelpunkt gestellt werden können. Dass man sich verständigen kann, dass die Bedürfnisse aller Beteiligten einen Raum bekommen, aber am Ende klare Kriterien auch da sind, nach welchen Kriterien Entscheidungen getroffen werden können, die verbindlich sind. Und dann hängt es auch an der Verantwortung jeden Einzelnen. Und vielleicht so zusammenfassend auch zu sagen, es muss für alle klar werden, Maren hat es gerade beschrieben an dem Antrag der Grünen, Kommunalpolitik ist keine Parteipolitik. Kommunalpolitik oder Zusammenwirken vor Ort als Kommune bedeutet, das Beste für den Ort vor Ort rauszuholen.

Birte Kruse-Gobrecht

1:12:55] Ich erlebe es in meiner Beratungspraxis oder auch aus dem Kollegium oder natürlich auch aus den Netzwerken der Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, dass man leider sagen muss, da ist vieles unter die Räder gekommen in den vergangenen Jahren. Das hat vielleicht auch was damit zu tun, wie lange Menschen auch in Funktion sind oder wie Zugänge zu diesen kommunalpolitischen Funktionen überhaupt hergestellt werden. Das hat schon auch noch dicke Bretter in ganz, ganz vielen Regionen. Und ein Aspekt, finde ich, der eben auch wichtig bleibt, ist ja immer mit der Frage von Nachwuchs, auch in der Kommunalpolitik oder in der Basisdemokratie in dem Sinne, Nicht immer zu sagen, ja, wir finden ja keine Leute, sondern sich auch zu fragen, wie müsste es denn sein, dass Menschen sich engagieren wollen und können. Denn dieses ehrenamtliche Engagement muss man sich zeitlich und auch finanziell ja leisten können. Und dann soll Ehrenamt ja irgendwo auch noch Spaß machen. Und so wie Maren das beschreibt, das wird dann auch viele dazu bringen, zu sagen, ja, ich mache da gerne mit. Aber wenn ich mit einem Vorschlag reingehe und gleich erstmal abgebügelt werde oder auch eine ungeschriebene Kultur im Raum steht, sprich Regelrechte oder die Lautesten sind am Ende die Stärksten, dann macht das auch keine Lust auf Verantwortung vor Ort.

Kathrin Flscher:

[1:14:15] Und das ist eigentlich schon eine schöne Überleitung zu unserem dritten Themenkomplex, den wir ja haben, wo wir gesagt haben, so ein bisschen Frauen in der Kommunalpolitik. Und da habe ich auch mal geguckt, das ist ja wirklich ein trauriges Kapitel. Wir haben auf kommunaler Ebene so wenig Frauen wie nirgendsonst. Auf einer parlamentarischen Ebene sind es ungefähr 30 Prozent. Ganz wenig Landräte. Und bei den BürgermeisterInnen sind es, ich weiß nicht, das weißt du, Maren, besser als ich. Ich habe irgendwas zwischen 8 und 11 Prozent aller BürgermeisterInnen sind weiblich, stimmt das?

Maren Busch:

[1:14:43] Ich dachte, wir wären ein bisschen höher. Aber dann hast du recht, bitte. Was meinst du?

Birte Kruse-Gobrecht

[1:14:47] Nein, nein, also das ist mehr.

Kathrin Flscher:

[1:14:51] Stimmen meine Zahlen nicht?

Birte Kruse-Gobrecht

1:14:52] Nein, 13 Prozent BürgermeisterInnen hauptamtlich. Da wollte ich dich gerade bestärken. Und sieben, acht Prozent Landrätinnen und Landräte hatten wir inzwischen erreicht. Wir kommen von drei Prozent und zehn Prozent. Also drei Prozent Landrätinnen und zehn Prozent Bürgermeisterinnen, da haben wir uns schon ein Stück weit entwickelt. In Schleswig-Holstein liegen wir zwischendurch mit unseren knapp 20 Prozent hauptamtlicher Bürgermeisterin sogar doppelt über den Bundesdurchschnitt. Aber die Frage ist ja auch, bleibt es so? Und aktuell ist es tatsächlich auch so, dass es wieder rückläufig ist durch die verschiedenen Erfahrungen, durch sexuelle Belästigung oder eben auch die doppelten Standards, die höheren Erwartungen. Aber auch ein Stück weit, ja, die männlich dominierten Netzwerke führen eben auch nicht unbedingt dazu, dass Frauen sich berufen fühlen, in die Funktion zu gehen.

Kathrin Flscher:

[1:15:43] Da können wir gleich sprechen. Da habe ich jetzt nur eine Frage an Maren. Wie hast du das dann erlebt? Ich meine, du bist nicht nur eine Frau, sondern du warst sehr, sehr jung, 27. Wie ist dir es im Amt ergangen? Hast du Anfeindungen erlebt? Hast du Herabwürdigungen als junge Frau erlebt? Oder waren deine Erfahrungen eher positiv?

Maren Busch:

[1:16:05] Tatsächlich, wenn ich das so sage, klingt das ein bisschen, als wäre ich auf der Insel der Glückseligen, nachdem ich eine gute Zusammenarbeit im Rat habe. Und jetzt auch noch sage, dass ich zumindest noch keinen Hass, keine... Also nichts, was ins Strafrecht gehen würde. Natürlich ist nicht alles Friede, Freude, Sonnenschein. Und du bekommst auch, also im Moment hat sich gerade jemand einen Spaß draus gemacht,

irgendwie mich immer, weil er mit KI-Bildern irgendwo in Situationen reinzubringen und das jeden Tag irgendwie in die Verwaltung zu schicken und so. Er macht alles nicht so, also ne, das ist jetzt auch nicht so witzig, aber es ist wirklich nicht so, wie es anderen Kolleginnen und Kollegen geht, wo es wirklich tief, tief, tief ins Strafrecht reingeht. Ein Kollege von mir, der seine Haustiere umgebracht bekommen hat oder Frauen, die Vergewaltigungsfantasien geschickt bekommen. Es ist alles leider an der Tagesordnung. Und dementsprechend ist auch das für mich ein Schatz, den ich aus irgendeinem Grund bei mir habe. Und ich bin sehr, sehr glücklich, dass es mir im Amt noch so gut geht.

Kathrin Flscher:

[1:17:05] Die Frage ist ja auch, was die Gründe sind, dass so wenig Frauen in die Kommunalpolitik gehen. Du hast es gerade schon angedeutet, Birte, so ein bisschen manchmal so patriarchale Redestrukturen. Vereinbarkeit ist ein Problem, weil natürlich immer noch Frauen viel stärker für Familie zuständig sind und so. Sind das die Hauptgründe nach deiner Erfahrung oder gibt es noch andere?

Birte Kruse-Gobrecht

[1:17:28] Also natürlich gibt es noch weitere. Also dass wir einerseits uns auch bewusst machen, na klar, unsere historische Weichenstellung, die können wir nicht wegdiskutieren. Wir kommen ja auch aus einer Lebensumgebung, wo eben, wie du sagst, die Frauen überwiegend zuständig noch sind für Care-Arbeit und das hat historische Gründe. Es hat aber eben auch die Frage der Erwartungen, der Rahmenbedingungen, die strukturellen Faktoren, wie leicht wird es Frauen dann auch gemacht, sich diese Zugänge aufgrund ihrer Arbeit. Um die eigenen Lebensumgebung zu erreichen. Aber ganz entscheidend sind eben auch einfach die Parteikulturen. Auch unser Wahlrecht ist ein Riesenhebel. Aber eben auch die Rahmenbedingungen, wie wir es eben schon angerissen haben, Sitzungs-, Diskussionskultur oder auch die Beleidigungen und Drohungen, das führt nicht dazu, dass Frauen sich motiviert sehen und auch befähigt sehen, in diese Funktionen zu gehen oder sich

Birte Kruse-Gobrecht

1:18:24] Auch diesen langen Weg mit guter Ausdauer zu beschreiten und Wir müssen uns einfach bewusst machen, dass die Parteikulturen nach wie vor männlich geprägt sind. Also auch die Umgangsformen sind nicht unbedingt diejenigen, die sich Frauen wünschen. Auch da wieder der Hinweis, dass Maren wirklich sagen kann, sie kann sich glücklich schätzen, dass das so wenig Raum bei ihr einnimmt, Gott sei Dank. Denn tatsächlich haben der unter 45-Jährigen inzwischen sexuelle Belästigung, 60 Prozent von Mandatsträgerinnen, gab es ja auch Befragungen, bereits erlebt oder auch erfahren, dass sie eben ganz subtil Abwertung erfahren, also der sogenannte Alltagssexismus. Frauen werden häufiger unterbrochen, weniger ernst genommen, auf ihr Äußeres reduziert.

Maren Busch:

[1:19:14] Gut, das habe ich auch. Also da möchte ich jetzt nicht irgendwie anscheinend

erwecken, dass ich das gar nicht kenne, weniger. Ich habe auch schon in der Sitzung gesagt bekommen, Frau Busch, haben Sie schon Ihre Menopause? Also das sind dann mal Entgleisungen. Das kriegen wir danach wieder geklärt. Das sind dann Entgleisungen, die so stattfinden. Und wenn ich einmal Kirmes gehe, dann ziehe ich inzwischen auch kein Dindel mehr an. Also wenn hier Oktoberfest ist, da trage ich inzwischen auch andere Klamotten. Also es ist jetzt nicht so, als erkenne ich das gar nicht, nur um das mal klarzustellen.

Birte Kruse-Gobrecht

[1:19:43] Okay, da wollte ich. Ja, aber das ist wichtig, einfach es nochmal so zu benennen und von daher würde ich denken, es braucht eben wirklich auch verschiedene Ebenen. Es braucht einmal die individuelle Ebene, das heißt, es geht darum, Frauen zu empowern, Netzwerke zu aktivieren, Nachwuchsgewinnung auch zu fördern, nicht mal nur zu sagen, wir finden ja keine, sondern sie auch zu fördern, wenn man sie denn sucht. Aber die strukturelle Ebene nicht zu vergessen, da bin ich bei den Parteikulturen, bei den Rahmenbedingungen, auch Paritätsgesetzen. Wir haben für alles Gesetze und Regelungen, haben wir vorhin schon verstanden, aber den Zugang zu Mandaten haben wir nicht geregelt. Da gibt es andere Länder wie Frankreich, für die ist das längst geliebte Praxis. Und die dritte Ebene, die gesellschaftliche Ebene, es geht um Rollenbilder, es geht auch darum, in der Zivilgesellschaft auch das Frauenbild zu stärken und auch Schutz vor Gewalt wirklich als selbstverständlich gemeinschaftliche Aufgabe zu sehen. Denn wir brauchen ja auch Männer, wir wollen ja miteinander. Und das führt letztlich zu meiner These auch, dass wir ein neues Verständnis von Kommunalpolitik brauchen und es nicht darum gehen kann, wenn ich schon lange dabei bin, dann bleibe ich dabei und sichere mir auch immer meine Wiederwahlen, sondern dass wir letztlich auch wirklich ganz anders in Vernetzung denken und auch so ein Stück weit, wie im Unternehmen, auch Nachwuchssicherung rechtzeitig angehen.

Birte Kruse-Gobrecht

1:21:00] Aber noch vielleicht so einfach nochmal das Stichwort, was du ja auch angerissen hattest, eben, Katrin, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Privatleben, das trifft ja letztlich auch die jungen Generationen, also der Alters, also das,

Birte Kruse-Gobrecht

[1:21:14] Was Frauen ansprechend finden, finden junge Menschen ja auch ansprechend. Und es hat eben dann auch was mit Kultur zu tun und Regeln, einmal mit Blick auf Sitzungszeiten, aber auch ich habe eine Amtsregion, die ich gecoacht habe, die haben inzwischen geschulte Moderationen einfach immer mit in den Sitzungen, gerade dann, wenn vielleicht auch einzelne AkteurInnen aus der Politik selber da noch nicht so versiert sind. Oder die Sitzungstermine, wie kann man sie gestalten, wie kann man digitale Formate nutzen, abgesehen von Unterstützung bei Betreuung oder Regelungen zu Mutternschutz und Elternzeit. Also ich denke, diese Sitzungszeiten, Termine und wie leben wir das aus, da ist eine Menge Potenzial. Welche Haltung haben wir dazu?

Maren Busch:

[1:21:58] Ja, ich habe hundertprozentige Zustimmung zu Birte. Und ich möchte aber noch einen Punkt ergänzen, weil ich auch viele Frauen kenne, die es sich nicht zutrauen und denen gerne mit auf den Weg geben würde, dass du das Amt, egal ob als Bürgermeisterin oder als Ratsmitglied, du kannst den Job so machen, wie du bist. Ich glaube, da ist in vielen Köpfen drin, für die Politik, da muss man knallharter, Brocken sein und da darf einem nichts nahe gehen und du brauchst Haare auf den Zähnen. und so. Das ist in vielen Köpfen noch drin. Als ich damals sagte, ich möchte kandidieren, haben mich einige zur Seite genommen und gesagt, du bist doch aber doch so empathisch. Du bist doch so freundlich, du duzt auch so viele und du bist doch hier immer so nett. Das kannst du doch gar nicht. Doch, ich glaube, ich kann das auch in meiner Art und Weise. Und ich muss nicht immer nur mit der Faust auf den Tisch hauen. Aber dieses Bild ist in Politik und sowieso in Führung ja noch total verbreitet, dass man dafür irgendwie eiskalt sein muss, um irgendwas erreichen zu können. Und das würde ich gerne noch mit auf den Weg geben und sagen, nee, das muss nicht sein, du kannst das auch auf deine eigene Art und Weise gestalten.

Birte Kruse-Gobrecht

1:23:04] Absolut.

Kathrin Fischer:

[1:23:05] Dann noch eine kurze Nachfrage, weil das passt und du musst ja gleich zu deinem nächsten Termin machen, aber nach all dem, was wir vorher gesprochen haben, auch über die Krisenlage, in der sich das gesamte Land und damit ja auch die Kommunen befinden, ohne jetzt essentialistisch Männer und Frauen in Wesen und so weiter trennen zu wollen, Aber würdet ihr die These wagen, dass in dieser Situation Frauen vielleicht die besseren Führungskräfte wären oder sein könnten, Birte, vielleicht machst du den Anfang.

Birte Kruse-Gobrecht

[1:23:37] Ja, Corona hat es ja zum Teil auch gezeigt, sicherlich nicht nur, aber Corona hat gezeigt, dass die Länder, die in weiblicher Führung lagen, besser durch die Krise gekommen sind. Und ich würde die These aufstellen, dass der ganzheitliche Blick und auch, was Maren eben sagte, der empathische Blick und der natürliche Blick, der natürlich nicht nur und nur bei allen Frauen und bei gar keinen Männern vorkommt, sondern es gibt einen sowohl als auch, aber überwiegend doch auch in weiblicher Führungskultur sich ausdrückt, uns gut zu Gesicht steht, dass am Ende wirklich an alle gedacht ist und eine gute Abwägung stattfindet. Wir erleben es auch im operativen Bereich. Es gibt ja Studien dazu, dass Chirurginnen, dass die Patientinnen und Patienten gesünder aus der OP rauskommen und auch länger gesund bleiben, weil im Zweifel noch mal vom Ende her wieder gedacht wird. Oder an was müssen wir eben alles denken und eher vielleicht für alle den Blick mithaben, als nur für das eigene Fortkommen.

Kathrin Flscher:

[1:24:38] Maren, würdest du es unterschreiben?

Maren Busch:

[1:24:40] Ich tue mir immer so schwer mit diesen allgemeinen Beschreibungen. Ich glaube, Berta hat es auch nicht so gemeint. Also ich würde jetzt genauso wie jung sein irgendwie ein Wettbewerbsvorteil und eine Qualitätszuschreibung ist es Frau sein alleine auch nicht. Aber ich glaube, Birte hat den Punkt schon getroffen. Also zum einen, wir brauchen den gesamtheitlichen Blick. Ich glaube, wir brauchen auch alle Perspektiven. Und zumindest das, was man Frauen als Kompetenzen so zuschreibt, das, was Birta auch gerade schon gesagt hat, ich glaube, da ist die Zeit der Frauen auch erst gekommen. In Zeiten von KI ist das analytische Denken, was man eher Männern zuschreibt, obwohl ich glaube, ich kann analytisch denken, aber du weißt, was ich meine. Da ist das und diese komplexen Zusammenhänge vielleicht, was ja thematisch ihren Männern zugeschrieben wird, etc. Das können auch andere. Worauf es jetzt ankommt, ist Kommunikation und Empathie und Change Management, Leute mitnehmen und ich glaube, da kommen Frauen, sich überhaupt nicht verstecken.

Kathrin Flscher:

[1:25:34] Weil die nicht so ein riesen Ego haben?

Birte Kruse-Gobrecht

[1:25:36] Ja, auch das, aber das ist auch die Sozialisierung. Wir wissen es doch auch, bei Stellenausschreibungen ist auch, also haben wir auch kein Erkenntnisproblem, sondern eher ein Akzeptanzthema, dass Männer sich eben auf Stellen bewerben, die sie interessieren und sich nicht fragen, bin ich qualifiziert dafür.

Maren Busch:

[1:25:53] Also ich bin ja, ich habe ja mein erstes Leben, weil ich ja Personalerin.

Kathrin Flscher:

[1:25:56] Du bist ja auch Wirtschaftspsychologin.

Maren Busch:

[1:25:58] Genau, ich habe mal Wirtschaftspsychologie studiert und Schwerpunkt Personal- und Organisationspsychologie und habe fünfeinhalb Jahre in der Immobilienbranche gearbeitet. Und ich kann es schon aus Erfahrung sagen, Frauen und Männer verhandeln anders. Männer setzen sich hin, breitbeinig sagen, so, ich will das verdienen. Frauen kommen ins Gespräch und sagen, es wäre ganz schön und ich habe ja im letzten Jahr das gezeigt und vielleicht könnten wir über meinen Gehalt nochmal sprechen miteinander. Das ist einfach jetzt anekdotische Evidenz, Zahlen belegen, aber auch Zahlen, Daten, Fakten. Da sind Frauen und Männer einfach unterschiedlich.

Birte Kruse-Gobrecht

[1:26:30] Absolut. Und das wollte ich, darauf wollte ich gerade hinaus, so erlebe ich das

halt auch in meinen Trainings. Also das ist immer wieder auch die Bestätigung, diese Thesen reinzugeben und letztlich aber auch vorher aus der Gruppe zu verstehen, ja, ihre eigenen Erfahrungen sind genau die. Ja, und das hat aber eben wiederum auch was damit zu tun, wie sind wir sozialisiert, welche Vorbilder haben wir und das ist letztlich auch ein großer Hebel, dass wir eben sagen, die Debattenkultur, auch die Persönlichkeitsstruktur, die es zukünftig für diese Ämter braucht, ist eine andere als das, was uns die letzten 50 Jahre vorgegaukelt wurde, in Führungszeichen. Und so wie es Maren eben sagte, es braucht ja eine Empathie, es braucht Mut, wie wir es auch anfangs sagten und den ganzheitlichen Blick, aber auch dies selber, sich das zuzutrauen und im Zweifel auch Dinge einzufordern und auch voranzutreiben und sich nicht beirren zu lassen.

Kathrin Flscher:

[1:27:26] Das ist doch ein schönes Schlusswort und ihr seid ja auch alle beide auf jeweils eure Art dabei, sozusagen die Frauen in Führung im kommunalen Bereich zu stärken. Maren, du als Bürgermeisterin sowieso und Birte, du als Coachin, setzt sich ja dafür ein, dass es mehr Frauen in der Kommunalpolitik gibt und dass das Herz unserer Demokratie weiterschlägt, wenn ich am Ende nochmal so pathetisch werden darf. Unbedingt.

Maren Busch:

[1:27:49] Also ich, wir geben unser Bestes.

Kathrin Flscher:

[1:27:53] Ich danke euch sehr, dass ihr euch die Zeit genommen habt. Maren, du musst zum nächsten Termin. Danke, dass du als Bürgermeisterin hier zwei Stunden mit ein bisschen Technik geopfert hast. Und Birte, du auch vor Buch, Exposé, Abgabe und alles. Schön, dass ihr hier wart. Vielen, vielen Dank.

Maren Busch:

[1:28:10] Es war mir eine Freude. Herzlichen Dank.

Birte Kruse-Gobrecht

1:28:12] Ebenso. Auf bald. Gutes Gelingen. Bis dahin. Tschüss.

Kathrin Flscher:

[1:28:16] Es ist doch verrückt, oder? Da haben wir immer weniger Geld für die wichtigen Angelegenheiten vor Ort, weil wir Steuern senken, Vorgaben erhöhen und Spielräume kleiner machen und wundern uns dann, dass Menschen sich fragen, was der Staat eigentlich für sie tut und wundern uns auch darüber, dass immer weniger Menschen Lust haben, in die Kommunalpolitik zu gehen. Ich verstehe das nicht. In der Oktoberfolge begrüße ich hier den Gesundheitssoziologen Friedrich Schorp. Er hat ein ganz tolles Buch über die obsessive Beschäftigung mit der eigenen Gesundheit geschrieben. Healthismus heißt es. Healthismus, sagt Schorb, basiert auf der Überzeugung, dass Gesundheit eine Frage des Verhaltens ist und dass chronische

Erkrankungen Folge einer falschen Lebensweise sind. Diese These ist natürlich auch bedeutsam für eine kritische Betrachtung des Hypes um Achtsamkeit, denn der soll ja vor allen Dingen auch Stress senken. Wenn euch der Podcast gefällt, dann könnt ihr mich unterstützen. Alle Infos dazu findet ihr auf meiner Webseite katrinwanderfischer.de Und in diesem Monat haben das Isabel, Ingen, Max und Andreas gemacht. Danke euch für eure finanzielle Unterstützung. Und ihr könnt mich aber auch unterstützen, indem ihr den Podcast abonniert, teilt, liked oder mir auf Instagram oder LinkedIn folgt. Ich freue mich über alles und wünsche euch bis zum Oktober eine gute Zeit.

Kathrin Fischer:

[1:29:40] Das war Erschöpfung statt Gelassenheit. warum Achtsamkeit die falsche Antwort auf so ziemlich jede Frage ist. Ein Podcast von Katrin Fischer.

c